

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

## Niemals vergessen! 1999–2024

Internationale Konferenz «Von der Aggression zu einer neuen, gerechteren Weltordnung» in Belgrad vom 22.–24. März 2024

Interview mit Živadin Jovanović, Präsident des Belgrader Forums für eine Welt der Gleichen



Živadin Jovanović  
 (Bild zvg)

*Zeit-Fragen: Am 24. März jährte sich zum 25. Mal der Beginn des Nato-Krieges gegen die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ). Aus diesem Anlass haben das Belgrader Forum und andere Organisationen unter Ihrer Leitung eine grosse internationale Konferenz veranstaltet. Was waren für Sie die wichtigsten Ergebnisse?*

Živadin Jovanović: Wir sind sehr stolz darauf, dass etwa 200 Freunde von allen Kontinenten in Belgrad zusammengekommen sind, um erneut die illegale militärische Aggression der Nato gegen Jugoslawien von 1999 zu verurteilen und den mehr als 4000 getöteten Menschen, darunter auch Kindern, die letzte Ehre zu erweisen. Die Teilnehmer der Konferenz haben nachdrücklich dazu aufgerufen, die laufenden Kriege zu beenden und die Eskalation zu entschärfen, bevor die gesamte Menschheit in einen globalen Atomkonflikt verwickelt wird. Meiner Meinung nach ist das wichtigste Ergebnis der Konferenz: der Appell an die Staats- und Regierungschefs der Welt, einen strategischen Dialog über die Beendigung der Konflikte und des massenhaften Tötens von Menschen aufzunehmen und sich auf die Wurzeln und Ursachen der anhaltenden Kriege zu konzentrieren. Ein weiteres Ergebnis ist die nachdrückliche Unterstützung für eine neue, integrative Weltordnung, die auf der souveränen Gleichheit aller Länder und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beruht. Diese Position ist gepaart mit einer entschiedenen Ablehnung der Politik der Expansion, der Vorherrschaft und des Neokolonialismus. Unsere Freunde kamen aus verschiedenen Kulturen, Religionen, Weltanschauungen und sogar aus verschiedenen Zivilisationen, aber es gab keine Schwierigkeiten, gegenseitiges Verständnis und Konsens über die diskutierten Themen zu erreichen.

*Zahlreiche ausländische Gäste von allen Kontinenten der Welt nahmen an der Konferenz teil oder hielten dort Vorträge. Was bedeutet deren Teilnahme an Ihrer Konferenz für Serbien und Ihr Anliegen?*

Das bedeutet eine Menge. Die bewaffnete Aggression der Nato endete vor 25 Jahren, aber die Aggression mit anderen Mitteln – politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und propagandistischer Art – wurde während dieser Zeit fortgesetzt und in jüngster Zeit sogar noch intensiviert. Mit Hilfe des Mandats des UN-Sicherheitsrats hält die Nato die serbische Provinz Kosovo und Metohija praktisch unter Besatzung. Mit Hilfe der EU, internationaler Finanzorganisationen, Massenmedien und anderer Instrumente üben die führenden Nato-Mitgliedsländer – die USA, Grossbritannien, Deutschland und Frankreich – enormen Druck aus, um Serbien zur Anerkennung der illegalen, einseitigen Abspaltung seiner autonomen Provinz Kosovo und Metohija zu zwingen. Sie wollen einen weiteren albanischen Staat neben Albanien selbst schaffen, sie in einem sogenannten Grossalbanien vereinen und so die Nato erweitern. Es ist ganz klar, dass sich hinter der Rhetorik der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten die Expansionsstrategie der Nato verbirgt. Die Teilnehmer der Belgrader Konferenz haben daher ihre

Unterstützung und Solidarität mit Serbien zum Ausdruck gebracht, sich der fortgesetzten Aggression zu widersetzen, unabhängig und neutral zu bleiben und die eigene Souveränität und territoriale Integrität auf der Grundlage der UN-Charta, der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1075) und insbesondere der Resolution 1244 (aus dem Jahr 1999) des UN-Sicherheitsrats zu verteidigen. Recht, Wahrheit und Gerechtigkeit bilden eine feste gemeinsame Grundlage.

*Wir hatten den Eindruck, dass Ihre Konferenz vom offiziellen Serbien stärker unterstützt wurde als jemals zuvor in den letzten 25 Jahren. Ist dies der Fall? Wie lässt sich dies erklären, und was bedeutet diese Unterstützung für die Arbeit des Belgrader Forums?*

Offenheit ist und bleibt eines der Grundprinzipien des Belgrader Forums für eine Welt der Gleichen als unabhängiger, gemeinnütziger, überparteilicher und ehrenamtlicher Verein. Das Forum informiert die Öffentlichkeit und die staatlichen Institutionen stets über unsere Arbeit und unsere Ansichten zu wichtigen nationalen und internationalen Themen. Wir sind sehr zufrieden, dass dieses Mal drei Regierungsmitglieder – Verteidigungsminister Miloš Vučević, Innenminister Bratislav Gašić und Arbeitsminister Nikola Selaković – an unserer Konferenz teilgenommen haben. Einer von ihnen, Miloš Vučević, wurde inzwischen für das Amt des nächsten serbischen Premierministers nominiert.

Vor fünfzehn Jahren hatte selbst die hiesige Regierung kaum Notiz von der Existenz des Belgrader Forums genommen. Wir sind zufrieden mit der positiven Entwicklung, die zeigt, dass die gegenwärtige Regierung das, was wir in den letzten 25 Jahren getan haben, zu schätzen weiss. Unser auf Wahrheit, Ge-



«Möge das Gedenken an die Opfer der Aggression, ihre Folgen und unser Einsatz den Weg erhellen, der vor uns liegt, damit wir in Würde in die Fussstapfen unserer Vorfahren treten können.» aus dem Vorwort von Aleksander Skakić in «1999–2024 – We remember ...»  
 (Bild Media Center «Odbrana», 2024)

rechtigkeit und Moral ausgerichtetes Programm, unsere Grundsätze des freiwilligen Engagements, der Gleichheit, Freiheit und Unabhängigkeit sowie unsere weltweite Freundschaft mit so vielen Organisationen und namhaften Persönlichkeiten werden, so glaube ich, noch mehr geschätzt werden.

*Welchen Rückhalt hat Ihre Konferenz in der serbischen Bevölkerung?*

Ich denke, dass die Konferenz und das gesamte Programm der Gedenkveranstaltungen – Ausstellungen, internationale Vorführung der Dokumentarfilme, internationaler Gedenkmarathon Belgrad–Thessaloniki und andere Aktivitäten – in der serbischen Öffentlichkeit breite Unterstützung gefunden haben. Ähnliche Gedenkveranstaltungen haben im ganzen Land stattgefunden. Das Belgrader Forum war ein Vorreiter dieser Aktivitäten, schon zu einer Zeit, als frühere Regierungen es nicht wagten, die «Nato-Aggression» auszusprechen. Mitglieder unserer Verbände – des Belgrader Forums, des Klubs der serbischen Generäle und Admiräle, des Veteranenverbands SUBNOR und anderer – wurden zu öffentlichen Versammlungen eingeladen, hielten Vorträge an Schulen und Universitäten und sprachen in Radio- und Fernsehsendern. Auch die serbische Diaspora in der ganzen Welt hat Gedenkveranstaltungen organisiert, um an die Tausenden unschuldigen Opfer der Nato-Aggression zu erinnern. Diese Aktivitäten werden höchstwahrscheinlich noch bis zum Ende des Jahres andauern.

Im allgemeinen halten wir uns an den Grundsatz: Tu, was du für dein Land und dein Volk für richtig hältst, tu es so gut du kannst und lass dich nicht entmutigen, wenn es nicht ausreicht, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Ausserdem darfst du dabei niemandem schaden und musst immer die Gleichheit respektieren.

*Wie war das Feedback der Teilnehmer der Konferenz aus dem Ausland? Gibt es ein internationales Echo?*

Zunächst ist daran zu erinnern, dass viele unserer Freunde und Vereinigungen in der ganzen Welt, insbesondere in Europa, eigene Gedenkveranstaltungen organisiert haben. Einige von ihnen kamen zuerst nach Belgrad

Fortsetzung auf Seite 4

### Eine globale Versammlung der Völker

ef. Am 24. März 1999 begann die Nato ihren ersten Krieg. Es war ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Er richtet sich gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ). Die Bomben und Marschflugkörper der Nato zerstörten nicht nur dieses kleine europäische Land, sondern auch das europäische und globale Sicherheitssystem, das auf der UN-Charta (1945), der KSZE-Schlussakte (Helsinki 1975) und der Charta von Paris (1990) beruhte. Bis heute leiden die Menschen unter den schweren Folgen dieser Zerstörungen – nicht nur in Serbien.

Seit 25 Jahren erinnert das Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen an den 24. März als den Tag im Jahr 1999, an dem die Aggression des Nato-Bündnisses gegen die Bundesrepublik Jugoslawien begann, und ehrt die gefallenen Verteidiger des Landes und die getöteten Zivilisten.

In diesem Jahr, vom 22.–24. März, hat das Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen unter der bewährten Federführung seines Präsidenten Živadin Jovanović mit

weiteren Organisationen zum 25. Jahrestag in Belgrad eine internationale Konferenz veranstaltet. Aus 29 Ländern und von allen Kontinenten waren Teilnehmer angereist; über 30 Referate waren in dieser Zeit zu erleben, dazu am Abend verschiedene Dokumentarfilme über den Angriffskrieg.

Eröffnet wurde die Konferenz mit Beiträgen von drei Ministern der serbischen Regierung: Verteidigungsminister Miloš Vučević, Innenminister Bratislav Gašić und Arbeitsminister Nikola Selaković. Weitaus mehr als in den Jahren zuvor wurde damit dem Anliegen des Belgrader Forums, den Krieg nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, auch auf Staatsebene die ihm gebührende Anerkennung entgegengebracht. Mit Blick auf die Kriege in Gaza und der Ukraine wurde in den verschiedenen Beiträgen nochmals deutlich: Der Nato-Aggressionskrieg gegen Jugoslawien war der Präzedenzfall für die kommenden Kriege. Die Veränderung der Nato von einem Verteidigungs- zu einem Angriffs-

bündnis, praktisch über Nacht; die Anwendung des Völkerrechts à la carte; die Lügen und die Falschheiten der Verhandlungsinszenierungen vor dem Krieg; die unsägliche Rolle der Mainstream-Medien; nicht zu vergessen die ganze PR-Propaganda. Noch einmal wurde den Teilnehmern vor allem über die Dokumentarfilme vor Augen geführt, welches Ausmass und welche Folgen die Bombenangriffe für die Menschen und das Land hatten und haben; aber auch, wie ein Land aus geo-, finanz- und machtpolitischen Gründen geplagt und in den Krieg getrieben wird.

Der offene, ehrliche und gleichwertige Dialog in den Beiträgen und in den Gesprächen zwischen den Teilnehmern, der die gesamte Konferenz auszeichnete, hinterliess den Eindruck einer globalen Versammlung der Völker: So kann es sein, wenn Menschen aus aller Welt zusammenkommen, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle ein wirkliches Anliegen ist.

# Die Belgrader Erklärung

## Niemals vergessen! 1999–2024

Belgrad, 23. März 2024

Wir, die Teilnehmer der internationalen Konferenz, die vom 22. bis 24. März 2024 in Belgrad anlässlich des 25. Jahrestages der bewaffneten Aggression der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) unter dem Motto «Von der Aggression zu einer neuen, gerechteren Weltordnung» stattfand, Teilnehmer, die aus der ganzen Welt zusammengekommen sind, erklären hiermit:

Wir gehören verschiedenen Ländern, Nationen, Weltanschauungen, Religionen und Zivilisationen an, sind aber fest vereint in unserem Engagement für Frieden, Gleichheit und Wohlstand für alle Völker sowie in unserer Verurteilung von Interventionismus, Expansion, Vorherrschaft und Hegemonismus.

Wir verurteilen die unprovokierte bewaffnete Aggression der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) im Jahr 1999 aufs schärfste als einen rechtswidrigen, invasiven und verbrecherischen Krieg gegen ein souveränes, friedliebendes europäisches Land, der ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates geführt wurde und einen eklatanten Verstoss gegen die Charta der Vereinten Nationen, die OSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) und die Grundprinzipien des Völkerrechts darstellt.

*Wir unterstreichen:*

Die Aggression wurde unter falschen Vorzeichen durchgeführt, und die Verantwortung der Nato kann daher nicht geschmälert werden. Es waren nicht die [serbischen] Staatsgewalten, sondern der Expansionsdrang der Nato, der dazu führte, dass tatsächlich eine «humanitäre Katastrophe» drohte. Was in Ratschak geschah, war kein «Massaker an der Zivilbevölkerung», sondern eine legitime Antwort des Staates auf den Terrorismus. Den «Hufeisenplan» gab es nicht. «Humanitäre» Kriege oder Interventionen gibt es nicht. Menschliches Leid kann kaum durch abgereichertes Uran, Streubomben und die Vergiftung von Luft, Boden und Wasser verhindert werden.

1999 hat die Nato den Krieg auf europäischem Boden wieder aufgenommen – ironischerweise einen Krieg, den Europa gegen sich selbst geführt hat.

Es handelte sich nicht um einen «kleinen Kosovo-Krieg», sondern vielmehr um einen Krieg mit folgenden geopolitischen Zielen:

- Herauslösung der autonomen Provinz Kosovo und Metohija aus Serbien und vollständige Kontrolle über den Balkan;
- Stationierung von US-Truppen auf dem Balkan zum Zwecke der Strategie der Ost-Erweiterung;
- Schaffung eines Präzedenzfalls für spätere Interventionen, die unter Verletzung des Völkerrechts und der Unantastbarkeit des UN-Sicherheitsrats durchgeführt werden;
- Rechtfertigung der Existenz der Nato und ihres Handelns über das in ihrer Gründungsakte von 1949 festgelegte Gebiet hinaus. «Wo immer das Recht ein Hindernis für die Expansionspolitik darstellt, muss es beseitigt werden» – so lautete eine weitere neue Regel der Nato.

Die Nato-Aggression hat die Rechtsordnung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, zunichte gemacht. Heute ist der Balkan noch instabiler, Europa auf gefährliche Art und Weise militarisiert, ohne Autonomie, Identität und Vision.

Die Aggression kostete 1139 Soldaten und Polizisten das Leben, etwa 3000 Zivilisten, darunter 89 Kinder, starben, und etwa 10000 Menschen wurden verwundet. Die Folgen einer Langzeitwirkung von Waffen, die mit abgereichertem Uran und toxischen Verbindungen bestückt sind, sind jedoch weitaus grösser.

Die Nato bombardierte auch die Botschaft der Volksrepublik China in Belgrad, wobei drei chinesische Journalisten getötet und das Gebäude der chinesischen Botschaft zerstört wurde.

Wir zollen allen unschuldig Gefallenen unseren höchsten Respekt und sprechen ihren Familien unser tiefstes, aufrichtiges Beileid aus.

Der Angreifer hatte systematisch die zivile Infrastruktur wie Eisenbahnen, Strassen, Brücken, Flughäfen, das Energiesystem sowie Wohnhäuser, Industrieanlagen, Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten und viele andere Ob-

jekte zerstört oder schwer beschädigt. Mehr als dreissig Radio- und Fernsehstationen und -sender wurden bombardiert, darunter der staatliche Fernsehsender RTS, bei dem 16 professionelle Mitarbeiter im Dienst getötet wurden. Der direkte Schaden beläuft sich auf rund 100 Milliarden US-Dollar.

Wir betonen, dass die Nato und ihre Mitgliedsstaaten, die an der illegalen Aggression beteiligt waren, verpflichtet sind, Serbien für die von ihnen verursachten Kriegsschäden zu entschädigen.

Wir appellieren, dass staatliche Sonder- und Expertengremien, die die Folgen der Aggression für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt feststellen sollen, ihre Arbeit wieder aufnehmen, und dass die Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung und die Verbrechen der Nichteinhaltung der kriegsbezogenen Konventionen verfolgt und geahndet werden.

Wir bringen unsere nachdrückliche Unterstützung und Solidarität mit Serbien zum Ausdruck, das sich bemüht, die Folgen der Aggression zu mildern und die Fortsetzung der bewaffneten Aggression der Nato mit anderen Mitteln zu verhindern.

Wir bringen unsere volle Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens in seinen international anerkannten Grenzen zum Ausdruck, innerhalb derer es seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, der OSZE und anderen universellen internationalen Organisationen fortsetzt.

Wir sind zutiefst besorgt über die massenhafte Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der serbischen Gemeinschaft im Kosovo und in Metohija, die in der Fortsetzung ihrer systematischen Vertreibung und der Verhinderung der freien und sicheren Rückkehr von über 250000 vertriebenen Serben und anderen Nicht-Albanern in ihre Häuser und ihr Eigentum zum Ausdruck kommt.

«Wir appellieren an alle friedliebenden Kräfte in der Welt, sich gemeinsam für die Einhaltung des Völkerrechts, die Souveränität und die territoriale Integrität aller Länder, die Stärkung der Autorität und Rolle der Vereinten Nationen und anderer universeller internationaler Organisationen, die Einhaltung der Grundsätze der Gleichheit, der Souveränität und der territorialen Integrität sowie für die Zusammenarbeit und Koordinierung im Kampf gegen Terrorismus und Separatismus als globale Bedrohungen einzusetzen.»

Wir sind der festen Überzeugung, dass der künftige Status der Provinz Kosovo und Metohija nur im Einklang mit dem Völkerrecht und insbesondere mit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999, die ein dauerhaftes, rechtsverbindliches Dokument ist, geregelt werden kann. Wir fordern, dass alle Bestimmungen der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vollständig eingehalten und umgesetzt werden.

Wir verurteilen alle Verstösse gegen diese Resolution und die Politik der Erpressung und des Drucks sowie alle einseitigen Schritte, die darauf abzielen, die Beschlagnahme von Staatsgebiet zu legalisieren und die ethnische Säuberung der verbliebenen serbischen Bevölkerung zu vollenden, um die Schaffung des sogenannten Grossalbanens vorzubereiten.

Wir lehnen die unipolare Weltordnung ab, die auf der Strategie des Hegemonismus und der globalen Vorherrschaft mit der Nato als deren militärisches Bollwerk beruht. Die Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 war eine Beschleunigung der Strategie der Expansion nach Osten und eine Quelle der Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt. Zum Zeitpunkt der Aggression zählte die Nato 19 Mitglieder, heute sind es 32. Nach der Errichtung des US-Militärstützpunkts *Camp Bondsteel* im Kosovo und in Metohija folgten Dutzende von neuen Nato-Stützpunkten. Heute beherbergt Europa eine weitaus grössere Anzahl ausländischer Militärstützpunkte und Atomwaffenlager als zu Zeiten der bipolaren Welt und des Kalten Krieges.

Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die beschleunigte Eskalation von Feindseligkeiten und Konflikten in den globalen Beziehungen

zum Ausdruck, die das Feuer von Konflikten, anhaltenden Provokationen und der drohenden Gefahr eines globalen Konflikts weiter anheizen. Die Welt befindet sich am Rande des Abgrunds. Die Menschheit wird entweder die ungezügelte Aggressivität der den Menschen entfremdeten Machtzentren eindämmen oder in diesen Abgrund stürzen.

Deshalb sind wir uns einig in der Forderung nach einer sofortigen Aufnahme des Dialogs auf strategischer Ebene unter der Schirmherrschaft der Uno, um der Eskalation, der Anhäufung konventioneller und nuklearer Waffen und dem Bruch internationaler Vereinbarungen Einhalt zu gebieten.

Wir fordern die Schliessung ausländischer Militärlager, den vollständigen Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa und die Deinstallation der sogenannten Raketenabwehrsysteme, die die Sicherheit noch mehr gefährden.

Wir fordern ein Ende der kriegshetzerischen Rhetorik und rufen alle verantwortungsbewussten Staatsmänner auf, den Dialog zu suchen und friedliche, gerechte und nachhaltige Lösungen für die anhaltenden Konflikte und Krisen zu finden.

Wir appellieren an alle friedliebenden Kräfte in der Welt, sich gemeinsam für die Einhaltung des Völkerrechts, die Souveränität und die territoriale Integrität aller Länder, die Stärkung der Autorität und Rolle der Vereinten Nationen und anderer universeller internationaler Organisationen, die Einhaltung der Grundsätze der Gleichheit, der Souveränität und der territorialen Integrität sowie für die Zusammenarbeit und Koordinierung im Kampf gegen Terrorismus und Separatismus als globale Bedrohungen einzusetzen.

Wir unterstützen den Prozess der Multipolarisierung der globalen Beziehungen und ihre Demokratisierung auf der Grundlage der souveränen Gleichheit aller Staaten und Völker.

### Erklärung zur Verurteilung des terroristischen Anschlags in Moskau

Die Teilnehmer der internationalen Konferenz, die vom 22. bis 24. März 2024 in Belgrad anlässlich des 25. Jahrestages des bewaffneten Angriffs der Nato auf die Bundesrepublik Jugoslawien stattfand,

- verurteilen auf das schärfste den abscheulichen, bestialischen und provokativen Terroranschlag in Moskau, bei dem so viele unschuldige Menschen ums Leben gekommen sind, und bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Täter schnell gefasst und vor Gericht gestellt werden.
- Gleichzeitig bekunden sie den Familien der Getöteten und Verletzten, den Bürgern Moskaus und dem gesamten russischen Volk ihr tiefes Beileid in diesem Moment des Schmerzes und der grossen Trauer.
- Sie rufen auf zu einer entschlossenen und koordinierten Bekämpfung des Terrorismus als einer globalen Gefahr, die alle Völker der Welt bedroht.

Quelle: <https://www.beoforum.rs/en/>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

monismus, des Expansionismus und des Neokolonialismus der Geschichte überlassen werden.

Wir verurteilen das massenhafte Töten der unschuldigen palästinensischen Bevölkerung, insbesondere von Kindern, und fordern einen sofortigen Waffenstillstand im Gaza-Streifen und in anderen von der palästinensischen Bevölkerung bewohnten Gebieten, um diesem in der jüngeren Geschichte beispiellosen menschlichen Leid endlich ein Ende zu setzen, sowie die ungehinderte Lieferung von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Wasser und anderen lebensnotwendigen Gütern an die gefährdete Bevölkerung.

Wir unterstützen eine Zwei-Staaten-Lösung, die freie und sichere Rückkehr aller vertriebenen Personen, die Abschaffung der Besatzung und die Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen vor dem 4. Juni 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, alles im Einklang mit den Resolutionen der Vereinten Nationen.

Wir bekunden unsere Solidarität mit dem kubanischen Volk, das seit vielen Jahren unter den verheerenden Folgen des einseitigen US-Embargos leidet. Das kubanische Volk hat das unveräusserliche Recht, ohne Einmischung von aussen seinen eigenen Weg der inneren Entwicklung zu wählen. Wir fordern die Einhaltung der UN-Positionen zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba und die Streichung Kubas von der Liste der «Staaten, die den Terrorismus unterstützen», da es ohne jegliche Grundlage aufgenommen wurde.

Wir sind der Meinung, dass die Krise in der Ukraine eine Folge der Nato-Strategie der Ost-Erweiterung ist, die alle anderen Vereinbarungen bricht.

Wir glauben, dass diese Krise friedlich gelöst werden kann, indem die Ursachen erkannt und beseitigt werden und gleiche Sicherheit für alle Länder garantiert wird. Die gemeinsame Zukunft der Menschheit schliesst Egoismus und egoistische Ansätze wie die Sicherheitstheorie der «goldenen Milliarde» aus.

Wir sprechen unseren Gastgebern – dem *Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen*, dem *Klub der Generäle und Admirale Serbiens*, SUBNOR [Verband der Kriegsveteranen der nationalen Befreiungskriege Serbiens], dem *Diaspora-Fonds für Serbien* und dem *Verband der Veteranen des militärischen Nachrichtendienstes* – sowie den Bürgern Serbiens unsere Anerkennung und unseren Dank für ihre Gastfreundschaft und die gute Organisation der Konferenz aus.

Die Organisatoren danken den Teilnehmern der Konferenz, einschliesslich des Weltfriedensrates und all seiner Mitglieder, für ihre jahrzehntelange Solidarität und Unterstützung Serbiens und des serbischen Volkes sowie für ihren ausserordentlichen Beitrag zu den Ergebnissen dieser Konferenz.

Quelle: <https://www.beoforum.rs/en/>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

# «Automatisierter Mord»: Israels «KI» in Gaza

von Patrick Lawrence und Cara Marianna\*

«Der technologische Wandel hilft der Menschheit zwar; die Herausforderungen zu bewältigen, die die Natur uns auferlegt, führt aber zu einem Paradigmenwechsel: Wir sind nicht mehr, sondern weniger in der Lage, unsere intellektuellen Fähigkeiten zu nutzen. Langfristig schränkt er unseren Verstand ein. Wir streben danach, uns zu verbessern, und riskieren gleichzeitig einen Rückfall in die Steinzeit, wenn unsere immer komplexere, immer fragilere technologische Infrastruktur zusammenbricht.»\*\*

Das sagte Hans Köchler, ein renommierter Wiener Wissenschaftler und Präsident der *International Progress Organization*, einer weltweit tätigen Denkfabrik, am Donnerstagabend, dem 4. April, bei einem Vortrag. Das Datum ist bezeichnend: Am Tag vor Köchlers Rede berichteten *+972 Magazine* und *Local CalP*, zwei unabhängige israelisch-palästinensische Publikationen, dass die israelischen Streitkräfte bei ihrer brutalen Invasion des Gaza-Streifens ein Programm der künstlichen Intelligenz namens *Lavender* einsetzen, das bisher etwa 37000 Palästinenser als Tötungsziele markiert hat. In den ersten Wochen der israelischen Belagerung, so die von +972 zitierten israelischen Quellen, «teilte die Armee den Offizieren die pauschale Erlaubnis, die Tötungslisten von *Lavender* zu übernehmen, ohne gründlich zu überprüfen, warum die Maschine diese Entscheidungen traf, oder die nachrichtendienstlichen Rohdaten zu untersuchen, auf denen sie beruhten.»

## Entmenschlichende Auswirkungen

Diese Enthüllungen beruhen auf vertraulichen Interviews mit sechs israelischen Geheimdienstmitarbeitern, die direkt am Einsatz von KI zur Ermordung von Palästinensern beteiligt waren. Es war erschreckend, von Hans Köchler ein paar Nachrichtenzyklen danach zu hören: «Der Einsatz von Technologien zur Lösung all unserer Probleme verringert unsere Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen», so Köchler. «Wir sind nicht mehr in der Lage, Probleme zu durchdenken. Sie entziehen uns dem realen Leben.»

Hans Köchler nannte seinen Vortrag «Die Trivialisierung des Öffentlichen», und sein Thema war, kurz gesagt, die Auswirkung von Technologien wie digitaler Kommunikation und KI auf unsere Gehirne, unser Verhalten und insgesamt unsere Menschlichkeit. Es war ernüchternd, um es milde auszudrücken, zu erkennen, dass Israels Belagerung des Gaza-Streifens, die an sich schon abgrundtief verwerflich ist, uns die entmenschlichenden Auswirkungen dieser Technologien auf alle, die von ihnen abhängig sind, direkt vor Augen führt.

Schauen wir mit Entsetzen zu, und sehen wir darin unsere Zukunft!

## KI ist keine Intelligenz

Wir sehen in den IDF [Israel Defence Forces], um es anders auszudrücken, einen Bruch in der Moral, der menschlichen Intelligenz und der Verantwortung, wenn die menschliche Aufsicht durch die Algorithmen vermittelt wird, die KI-Systeme steuern. Es gibt einen Bruch zwischen Kausalität und Ergebnis, Aktion und Konsequenz. Und genau das ist es, was die fortgeschrittenen Technologien für den Rest der Menschheit bereithalten. Künstliche Intelligenz ist, wie Köchler es ausdrückt, keine Intelligenz: «Sie ist (simulierte Intelligenz), denn sie kann kein Selbstbewusstsein generieren.» Sie sei nicht fähig, moralische Entscheidungen zu treffen oder ethische Verantwortung zu übernehmen.

## «Lavender» – wahllose Tötungen ganzer Familien

Im Fall von *Lavender*<sup>3</sup> wurden die von ihm erzeugten Daten akzeptiert und so behandelt, als wären sie von einem Menschen erzeugt worden, ohne dass eine tatsächliche menschliche Aufsicht oder eine unabhängige Überprüfung stattfand. Ein zweites KI-System mit dem sadistischen Namen *Where's Daddy?*<sup>4</sup> – und wie krank

ist das? – wurde dann eingesetzt, um Hamas-Verdächtige zu ihren Häusern zu verfolgen. Die IDF nahmen verdächtige Kämpfer absichtlich ins Visier, während sie sich bei ihren Familien aufhielten, und verwendeten dabei ungelentete Raketen oder «stumme» Bomben. Diese Strategie hatte den Vorteil, dass Israel seine teuren präzisionsgelenkten Waffen, die «intelligenten» Bomben, behalten konnte.

Wie eine der Quellen von +972 dem Magazin mitteilte:

«Wir waren nicht daran interessiert, [Hamas]-Aktivisten nur dann zu töten, wenn sie sich in einem militärischen Gebäude befanden oder an einer militärischen Aktivität beteiligt waren [...] Im Gegenteil, die IDF bombardierten sie ohne zu zögern in ihren Häusern, als erste Option. Es ist viel einfacher, das Haus einer Familie zu bombardieren. Das System ist so aufgebaut, dass es in diesen Situationen nach ihnen sucht.

Sobald *Lavender* einen potentiellen Verdächtigen identifiziert hatte, hatten die IDF-Mitarbeiter etwa 20 Sekunden Zeit, um sich zu vergewissern, dass es sich bei der Zielperson um einen Mann handelte, bevor sie die Entscheidung zum Angriff trafen. Es gab keine weitere menschliche Analyse der «geheimdienstlichen Rohdaten». Die von *Lavender* generierten Informationen wurden wie ein «Befehl» behandelt, so Quellen gegenüber +972 – ein offizieller Befehl zum Töten. Angesichts der Strategie, Verdächtige in ihren Häusern ins Visier zu nehmen, legten die IDF akzeptable Tötungsquoten für ihre Bombardierungskampagnen fest: 20 bis 30 Zivilisten für jeden Hamas-Aktivist der unteren Ebene. Bei Hamas-Führern mit dem Rang eines Bataillons- oder Brigadekommandeurs, so die Quellen von +972, «hat die Armee bei mehreren Gelegenheiten die Tötung von mehr

kündigt, die uns alle erwartet, denn KI-Systeme sind Technologien, gegen die wir uns kaum wehren können. «Das selbstbestimmte Handeln weicht der digitalen Kompetenz», sagte Köchler. «Wir verlieren die Fähigkeit, zwischen «real» und «virtuell» zu unterscheiden.»

## Weitere «israelische Verderbtheiten» und ihre Narrative im Westen

Neben dem +972-Bericht über den Einsatz von künstlicher Intelligenz gab es in dieser Woche weitere erschütternde Nachrichten über israelische Verderbtheiten. In seiner Ausgabe vom 3. April enthüllte «The Guardian», dass die IDF absichtlich Scharfschützen und Quadcopter – ferngesteuerte Scharfschützen-Drohnen – einsetzt, um Kinder zu töten. Der Beweis dafür stammt von US-amerikanischen und kanadischen Ärzten, die während ihres Einsatzes im Gaza-Streifen viele Kinder mit Wunden behandelten, die mit denen von Scharfschützenkugeln übereinstimmen und leicht als solche zu identifizieren sind. Diese sind grösser als die üblicherweise im Kampf verwendete Munition, da sie eher zum Töten als zum Verwunden gedacht sind.

Das *Biden-Regime* geht nie auf diese barbarischen Entwicklungen ein, und unsere Medien, mit seltenen Ausnahmen wie dem soeben zitierten Artikel im «Guardian», berichten fast nichts darüber. Die offiziellen und medialen Darstellungen der Ereignisse in Gaza, ihre «Narrative» stehen in krassm Widerspruch zu diesen Realitäten. Wie, so müssen wir uns fragen, kommen sie mit diesen tagtäglichen Unehrllichkeiten durch? Dies war die offensichtliche Frage in der letzten Woche, angesichts der Extreme, zu denen sich die Kriminalität der IDF jetzt ausweitete.

Wenn Sie *Lavender* und «The New York Times» googeln, erhalten Sie «Lavender Oil

«Sie präsentieren uns eine virtuelle Welt – wohl wissend, dass die meisten von uns, die an Bilder und Bildfolgen gewöhnt sind, diese virtuelle Welt mit der Realität verwechseln werden. Wie ist es möglich, einen Völkermord in Echtzeit zu beobachten, ohne dass jemand etwas sagt? Wissen hat keinen Wert mehr. Alles ist möglich, und wenn alles möglich ist, ist nichts möglich.»

als 100 Zivilisten bei der Ermordung eines einzigen Kommandeurs genehmigt».

Mit anderen Worten: Die israelische Politik, die von der KI-Technologie gelenkt und unterstützt wurde, machte es unvermeidlich, dass Tausende von Zivilisten, viele von ihnen Frauen und Kinder, getötet wurden.

## «Vermarktung von automatisiertem Mord»

Es gibt offenbar keine Aufzeichnungen über den Einsatz von KI-Programmen wie *Lavender* und *Where's Daddy?* durch andere Militärs. Aber es ist reine Naivität anzunehmen, dass sich diese teuflische Nutzung fortschrittlicher Technologien nicht auch anderswo ausbreiten wird. Israel ist bereits der weltweit führende Exporteur von Überwachungs- und digitalen Forensik-Tools. Die staatliche türkische Nachrichtenagentur *Anadolu* berichtete bereits im Februar<sup>5</sup>, dass Israel den Gaza-Streifen als Waffentestgelände nutzt, um diese Instrumente als kampferprobt zu vermarkten. *Antony Lowenstein*, ein Autor, den *Anadolu* zitiert, nennt dies die Vermarktung von «automatisiertem Mord».

Und hier befinden wir uns: Die israelische Tageszeitung «Haaretz» berichtete am 5. April<sup>6</sup>, dass «intelligente» Waffen, die sich im Gaza-Streifen als wirksam erwiesen haben, die Hauptattraktion waren, als Israel sie letzten Monat auf der *Singapore Airshow*, dem grössten Waffenbasar Ostasiens, vorstellte.

Hans Köchler, der sich seit vielen Jahren mit den Auswirkungen der digitalen Technologien befasst, hat den Bericht des Magazins +972 offenbar nicht gelesen, bevor er letzte Woche seinen Vortrag hielt. Um so beunruhigender waren seine Äusserungen. Er beschrieb nicht – nicht speziell – die Mörder, die *Lavender* und andere derartige Technologien in Gaza einsetzen. Wir alle werden durch diese faustischen Technologien leben und sterben: Dies, unser gemeinsames Schicksal, war das Thema von Köchler. In den vergangenen sechs Monaten hat Israel nämlich die Entmenschlichung ange-

Might Help You Sleep» und ähnlich frivole Schlagzeilen. Auch die «Times» hat die Untersuchung von +972 mit keinem Wort erwähnt. Wenn man die detaillierten Berichte über die Luftangriffe auf die drei Fahrzeuge der *World Central Kitchen* (WCK) vom 1. April liest, bei denen sieben Mitarbeiter der Hilfsorganisation getötet wurden, ist es offensichtlich, dass das israelische Militär systematisch einen Lastwagen nach dem anderen ins Visier nahm, bis alle drei zerstört waren – und das, nachdem die WCK den Einsatz der Fahrzeuge sorgfältig mit den israelischen Behörden abgestimmt hatte. Diese Tötungen stehen ganz im Einklang mit der Direktive<sup>8</sup>, die *Yoav Gallant*, Israels abscheulicher Verteidigungsminister, am 9. Oktober herausgab: «Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, keinen Treibstoff geben, alles wird geschlossen.»

Und was haben wir in den Mainstream-Medien über diesen Vorfall gelesen?

Wie üblich war das israelische Militär befugt, gegen das israelische Militär zu ermitteln – eine Absurdität, die von keinem US-Beamten und keinem Medienbericht in Frage gestellt wurde. Am 5. April gab die IDF bekannt, dass zwei Offiziere entlassen und drei weitere wegen «falscher Handhabung kritischer Informationen» verwarnet wurden. Präsident Biden erklärte, er sei «untröstlich». Die «New York Times» bezeichnete den Angriff als «verpfuschte Operation»<sup>9</sup> und erklärte, dass die höchsten Offiziere der IDF «gezwungen waren, eine Reihe von tödlichen Fehlern und Fehleinschätzungen zuzugeben». Immer wieder hören wir den Refrain, dass Israel «nicht genug tut, um Zivilisten zu schützen».

Es handelte sich also um einen bedauerlichen Unfall, wie wir feststellen müssen. Israel tut sein Bestes. Es hat die ganze Zeit sein Bestes getan. Dem gegenüber steht die nackte Statistik: Die IDF hat seit Beginn der Belagerung im vergangenen Oktober mehr als 220 humanitäre Helfer getötet, wenn man nach

der Zählung der Vereinten Nationen geht. Wie kann man nur glauben, dass es sich dabei um mehr als 220 Unfälle handelt? «Um es ganz klar zu sagen. Dies ist keine Anomalie», sagte ein *Oxfam*-Mitarbeiter, *Scott Paul*, nach dem WCK-Angriff. «Die Tötung von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen in Gaza hat System.»

## Leben in virtuellen Welten

Es gibt eine Realität und eine Meta-Realität. Wie stehen die beiden nebeneinander? Auf welche Weise erweist sich die letztere, die beschworene «Realität», als so wirkungsvoll? Wie kommt es, dass so viele das «Narrativ» der über 220 Unfälle akzeptieren? Warum akzeptieren so viele Menschen Propaganda und Lügen, obwohl sie unerschwerlich wissen, dass sie ständig mit Lügen und Propaganda gefüttert werden?

Ich möchte noch einmal auf Hans Köchler zurückkommen. In seinem Vortrag und in verschiedenen seiner zahlreichen Bücher argumentiert er, dass die elektronischen Medien – allen voran das Fernsehen – die Menschen darauf konditioniert haben, sich für Informationen auf Bilder und Bildfolgen zu verlassen, anstatt zu lesen. «Sie verlieren die Fähigkeit, Texte zu analysieren, und damit die Fähigkeit, Probleme zu verstehen», sagte er. «Die Menschen leben in virtuellen Welten.»

Wir können uns keine bessere Beschreibung für die «Narrative» vorstellen, die das *Biden-Regime* vorantreibt und die von den Konzernmedien verbreitet werden: Sie präsentieren uns eine virtuelle Welt – wohl wissend, dass die meisten von uns, die an Bilder und Bildfolgen gewöhnt sind, diese virtuelle Welt mit der Realität verwechseln werden, genau wie Köchler warnt. Wie ist es möglich, einen Völkermord in Echtzeit zu beobachten, ohne dass jemand etwas sagt? Wissen hat keinen Wert mehr. Alles ist möglich, und wenn alles möglich ist, ist nichts möglich.

## Völkermord von US-Gnaden

Das *Biden-Regime* versorgt Israel mit Waffen, damit es seine kriminelle Belagerung der 2,3 Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen verfolgen kann. Es gibt dem Apartheidsstaat diplomatischen Schutz bei den Vereinten Nationen und rechtlichen Schutz beim *Internationalen Gerichtshof*. Es verzerrt und verschleiert das «steinzeitliche» Verhalten der IDF. All dies verlangt von uns, dass wir jetzt nicht von Israels Völkermord sprechen, sondern von dem israelisch-amerikanischen Völkermord.

Aber das *Biden-Regime* ist auch schuld daran, dass der Menschheit diese vielfachen Wunden in einer anderen Dimension zugefügt werden, die wir nicht übersehen dürfen. Mit seinen unaufhörlichen Versuchen, uns in eine von ihm geschaffene virtuelle Realität zu versetzen, die weit entfernt ist von dem, was es in unserem Namen tut, führt es uns in die entmenschlichte, grotesk technologisierte Zukunft, die Hans Köchler ebenso sicher beschreibt wie es die Israeli tun, die mit KI-Waffen Menschen in grossem Stil ermorden und unschuldige Kinder mit ferngesteuerten Scharfschützendrohnen töten.

Erstveröffentlichung in *ScheerPost* vom 9.4.2024 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

\*\* Die Übersetzung der Zitate von Hans Köchler folgt dem englischsprachigen Artikel in *ScheerPost* und nicht der schriftlichen Ausarbeitung des Vortrags von Hans Köchler: <https://i-p-o.org/Koehler-DIE-TRIVIALISIERUNG-DES-OEFFENTLICHEN-Vortrag-04-04-24-IPO-2024.pdf>

<sup>1</sup> <https://i-p-o.org>

<sup>2</sup> <https://www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/>

<sup>3</sup> *ebenda*

<sup>4</sup> <https://www.businessinsider.com/israel-ai-system-wheres-daddy-strikes-amas-family-homes-2024>

<sup>5</sup> <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/israel-testing-new-weapons-in-gaza-for-global-sales-laying-blueprint-for-automated-murder-with-ai-expert/3137263>

<sup>6</sup> <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-04-05/ty-article-magazine/highlight-at-singapore-airshow-how-the-gaza-war-was-a-selling-point-for-israeli-weapon-manufacturers/0000018e-aa7f-dc75-afdefaff383b0000>

<sup>7</sup> <https://www.theguardian.com/world/2024/apr/02/gaza-palestinian-children-killed-idf-israel-war#:~:text=This%20is%20not%20a%20normal,stain%20on%20our%20shared%20humanity.>

<sup>8</sup> <https://www.aljazeera.com/opinions/2024/4/7/dont-feed-the-palestinians>

<sup>9</sup> <https://www.nytimes.com/2024/04/04/world/middleeast/israel-wck-gaza-iran-embassy.html>

\* Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein neuestes Buch «Journalists and Their Shadows» ist 2023 bei *Clarity Press* erschienen. Seine Webseite lautet [patricklawrence.us](http://patricklawrence.us).

Cara Marianna ist Autorin und Mitherausgeberin von *The Floutist*, einem Online-Newsletter, den sie zusammen mit ihrem Mann Patrick Lawrence herausgibt. Cara gibt ihren eigenen Newsletter namens *Winter Wheat* heraus. Sie ist Künstlerin und hat einen Ph.D. in Amerikanistik.

# Nachdenkliches zu den Olympischen Spielen in Paris von 2024

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Nach offizieller Zeitrechnung fanden die Olympischen Spiele zum ersten Mal im Jahr 776 vor Christus im griechischen Olympia im Nordwesten des Peloponnes statt – vor 3000 Jahren. Aus dem einfachen ländlichen Fest im griechischen Olympia, das die Einwohner zu Ehren von Zeus feierten, wurde ein Wettbewerb in Gesang, Tanz, Poesie und in vielen sportlichen Disziplinen. Der Zeitabschnitt zwischen zwei Festen (vier Jahre) hiess eine Olympiade. Zu diesen Spielen kamen die besten Künstler und Sportler der ganzen griechischen Halbinsel und der Inseln zusammen. Die Olympischen Spiele haben eine lange Geschichte – auch nach dem Untergang des antiken Griechenlands. Die Grundidee hat sich erhalten. Das olympische Feuer ist seit der Antike ein Symbol für Frieden und Freundschaft unter den Völkern geblieben.

Das olympische Feuer wird durch die Strahlen der Sonne in einem parabolischen Spiegel entzündet und brennt während der Spiele an einem heiligen Ort in Olympia namens Prytaneum. Heute wird das Feuer in einem Fackellauf vom Ursprungsort nach Paris getragen. Es ist ein symbolträchtiges Ereignis. Die Fackelträger verkünden auf ihrem Weg die *Ekecheiria*, den heiligen Waffenstillstand, und die Botschaft des Friedens.

Am 16. April 2024 wird das olympische Feuer in Olympia entzündet – wie vor 3000 Jahren. Fackelträgerinnen und Fackelträger bringen das Feuer in elf Etappen nach Piräus, in die Hafenstadt von Athen. Hier übernimmt der historische Dreimaster, die *Bélem*, das Feuer und bringt es nach Marseille. Dieses Schiff war bereits 1896 im Einsatz, als Paris zum ersten Mal die Olympischen Spiele der Neuzeit durchführte. Nach etwa zehn Tagen auf See wird die



Im klassischen Kostüm entzündet eine Athletin in Olympia die Fackel mit dem olympischen Feuer. (Bild Screenshot olympics.com)

*Bélem* in Marseille ankommen. Ihre Ankunft wird die Festlichkeiten und die Spiele in Frankreich eröffnen. Der Fackellauf mit dem Feuer geht jedoch weiter – quer durch ganz Frankreich. Das Land wird sich über viele Tage von seiner schönsten Seite zeigen. Am 16. Juli wird Präsident *Macron* die Spiele in Paris offiziell eröffnen. Sie dauern bis zum 11. August. Es soll ein grossartiges Fest werden.

## Schattenseiten

«Offene Spiele» ist das offizielle Leitmotiv des Olympischen Komitees. Die Organisatoren werden einen Marathon und auch andere

Disziplinen für die normale Bevölkerung anbieten. Länder wie Russland und Belarus sind jedoch ausgeschlossen. Das widerspricht dem Geist der Olympischen Spiele, der die Freundschaft unter den Völkern fördern will. Auch im antiken Griechenland waren Kriege nicht so selten – zwischen Sparta und Athen und auch zwischen den andern griechischen Stadtstaaten. Die olympischen Spiele waren immer wieder eine Brücke und eine Chance, feindselige Differenzen zu überwinden und den Zusammenhalt zu stärken. So waren die oft zerstrittenen Griechen in entscheidenden Momenten geeint und errangen in Marathon

490 vor Christus Schulter an Schulter einen grossen Sieg über die Perser. Der Meldeläufer brachte die Siegesnachricht in so kurzer Zeit nach Athen, dass er am Ziel nach 41 Kilometern tot zusammenbrach. Heute gehört der Marathon zum Programm – so auch wieder in Paris.

Gibt es eine bessere Voraussetzung für einen «offenen Geist», der die alten Griechen auszeichnete? Man trifft sich trotz kriegerischer Auseinandersetzungen alle vier Jahre, pflegt Kontakte, feiert Feste, übt sich in Gesang, Tanz und Poesie und misst sich sportlich in zahlreichen Disziplinen. – Vielleicht hat das antike Griechenland auch deshalb einen so einzigartigen Platz in der Menschheitsgeschichte, dass manches aus seinem Leben heute wieder als Vorbild dient.

Die Athleten aus Russland und Belarus dürfen nur als «individuelle, neutrale Personen» an den Wettkämpfen teilnehmen, und von der Eröffnungsfeier sind sie ausgeschlossen. Auch das verstösst gegen den olympischen Geist. Und was ist mit der Bevölkerung im Gaza-Streifen, die in ihren Ruinen ausharrt und nicht weiss, ob und wie sie die nächsten Tage überleben wird?

Präsident Emanuel Macron hat sich in den letzten Tagen und Wochen nicht gerade friedliebend gezeigt. Truppen will er schicken in die Ukraine und mehr Waffen liefern. Er fällt mit einer ausgeprägt kriegerischen Rhetorik auf, während die Franzosen in ganz Frankreich ein «grossartiges» Fest vorbereiten.

Die Fackelträgerinnen und Fackelträger von Olympia verkünden auf ihrem Weg den «heiligen Waffenstillstand» und die Botschaft des Friedens – wie schon seit dreitausend Jahren. Das gilt es ernst zu nehmen!

## «Nicht vergessen! 1999–2024»

Fortsetzung von Seite 1

und kehrten dann in ihre Hauptstädte zurück, um eigene Programme durchzuführen.

Die Rückmeldungen waren bisher sehr positiv. Unsere Freunde haben ihre Zufriedenheit über den Rahmen der Konferenz «Von der Aggression zu einer neuen, gerechteren Weltordnung», über die demokratische Atmosphäre, über das, was sie von den anderen gelernt haben, und über den konstruktiven, prinzipiellen Inhalt der *Belgrader Erklärung* [Seite 2] zum Ausdruck gebracht. Vielen Teilnehmern erschien die Belgrader Konferenz wie eine

Weltversammlung unabhängiger Akademiker, die sich darauf konzentrierten, die Wurzeln der andauernden Konflikte und der sich abzeichnenden Gefahr einer globalen Katastrophe zu erkennen und den Ausweg aus der gegenwärtigen europäischen und globalen Situation zu erhellen. Die meisten von ihnen freuten sich, dass sie Gelegenheit hatten, alte Freundschaften zu vertiefen und neue zu schliessen. Viele unserer Gäste hatten die Möglichkeit, ihre Botschaften und Ideen an die nationalen und internationalen Massenmedien in Belgrad weiterzugeben, und viele der inländischen Organisatoren konnten ihre Ansichten an die ausländischen Massenmedien weitergeben.

Wir erhalten immer noch Kommentare, Dankesbriefe, Artikel und Interviews von China bis Portugal und von Feuerland bis St. Petersburg. Ich denke, die wichtigste allgemeine Rückmeldung, die wir immer wieder erhalten, ist der Wille und die Bereitschaft aller, sich für den Aufbau von Frieden, Gleichheit und Wohlstand für alle zu engagieren, um eine Katastrophe für die Menschheit zu vermeiden.

## Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Wir planen die Veröffentlichung mehrerer Bücher, darunter eine Sammlung der Reden der jüngsten internationalen Konferenz. Wir werden die Projekte zur Bibliographie und

Sammlung von Büchern und Veröffentlichungen über die Nato-Aggression in so vielen Sprachen wie möglich fortsetzen. Konferenzen, runde Tische, Seminare für junge Forscher und internationaler Austausch werden ebenfalls auf unserer Tagesordnung stehen.

Im allgemeinen verfolgen wir die Entwicklungen; wir geben unsere Einschätzungen ab und suchen nach Wegen, um unsere Ansichten zu vermitteln. Wir achten besonders darauf, die Zusammenarbeit mit unseren Partnerverbänden aus allen Kontinenten zu stärken.

Wir freuen uns über die jahrzehntelange fruchtbare Zusammenarbeit mit «Mut zur Ethik», die wir zum beidseitigen Nutzen fortsetzen werden.

Herr Jovanović, vielen Dank für das Interview.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

## «Globale Mehrheit entscheidet sich für Multipolarität und eine inklusive Weltordnung»

Rede auf der Internationalen Konferenz «Von der Aggression zu einer neuen, gerechteren Weltordnung» zum 25. Jahrestag der bewaffneten Aggression der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Auszug)

von Živadin Jovanović

Ich danke Ihnen allen, dass Sie der Einladung zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz mit dem Thema «Von der Aggression zu einer neuen, gerechteren Weltordnung» und anderen Veranstaltungen des Programms zum 25. Jahrestag des Beginns der bewaffneten Aggression der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gefolgt sind. Wir fühlen uns sehr geehrt und sind all unseren Freunden dankbar, die durch ihre Anwesenheit hier ihre Solidarität mit Serbien und dem serbischen Volk zum Ausdruck bringen, wie sie es in den letzten Jahrzehnten getan haben. Das gibt uns Kraft und stärkt die Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg sind, sowohl bei der Verteidigung unserer berechtigten Interessen als auch im Kampf für Frieden, Gleichheit und eine gerechtere Europa- und Weltordnung.

Heute sind wir hier in einer Art globaler Versammlung der Völker vereint, mit Freunden aus allen Teilen der Welt. Wir gehören verschiedenen Nationen, Religionen, politischen Orientierungen und Zivilisationen an, aber wir sind uns einig, wenn es darum geht, die menschlichen Opfer einer kriegerischen Macht zu ehren und die Aggression und den Expansionismus der Nato zu verurteilen. Gleichzeitig sind wir uns einig in unserem Bemühen, zu Frieden, Freiheit und Fortschritt für alle Länder und Völker beizutragen. Wir sind auch hier, weil wir

die Wahrheit bewahren, den Wert von Recht und Gerechtigkeit stärken wollen und nach einer menschlicheren und sichereren Zukunft für alle suchen.

Heute würdigen wir die Verteidiger eines freiheitsliebenden und unabhängigen Landes, das angegriffen wurde, obwohl es für kein anderes Land eine Gefahr darstellte, schon gar nicht für Nato-Mitglieder. Die bewaffnete Aggression endete vor zweieinhalb Jahrzehnten, doch ihre Initiatoren setzen sie mit anderen Mitteln bis heute fort. Deshalb verurteilen wir jede Form von Aggression und sagen, dass wir ihr entschieden entgegenzutreten werden, unabhängig von den «Werkzeugen», die dabei zum Einsatz kommen.

Das serbische Volk wird und kann die menschlichen Opfer und das Leid, für das der Angreifer verantwortlich ist, nicht vergessen. Die gegen das serbische Volk begangenen Verbrechen dürfen sich niemals und nirgendwo wiederholen. Frieden, gleiche Sicherheit, gleiche Zusammenarbeit und Fortschritt sind unser universelles Recht, und wir erlauben niemandem, dieses Recht mit Füßen zu treten oder zu stehlen. Unsere Bestrebungen zielen darauf ab, eine neue Weltordnung aufzubauen, in deren Mittelpunkt die Menschen, ihre Gleichheit, Sicherheit und ihr Fortschritt stehen. Wir bekennen uns zu einer Ordnung der Freiheit, des Verständnisses

und der Offenheit, ohne die Interessen, Werte und Verstehensweisen der einen den anderen Menschen aufzudrängen. Wir fordern, dass historische, kulturelle und spirituelle Besonderheiten respektiert werden, dass Unterschiede als Reichtum und nicht als Anlass für neue Spaltungen, Konfrontationen und Kriege behandelt werden. Wir kämpfen für eine neue, wirkliche Weltordnung, die auf den universellen Prinzipien der Gleichheit, des Zusammenlebens und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basiert.

Die globale Mehrheit der Menschheit akzeptiert keine Weltordnung, die auf Gewalt, Privilegien und «Regeln» im Interesse der Minderheit basiert. Die Zeit ist vorbei, in der es einer Minderheit möglich war, ihre Hegemonie und ihren Neokolonialismus mit dem Gewand der Demokratie und Menschenrechte zu maskieren und sie der globalen Mehrheit durch Aggression und farbige Revolutionen aufzuzwingen. Die Falle der Spaltung in «Demokratien» und «Autokratien» besteht weiterhin. Aber die globale Mehrheit entscheidet sich für Multipolarität und eine inklusive Weltordnung, in der die Interessen der Menschheit und nicht die Interessen der «goldenen Milliarde» im Mittelpunkt stehen.

Quelle: <https://www.beoforum.rs>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung,  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)

[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)

Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

# Nach 75 Jahren Nato – Mythen entlarven und den Sachen auf den Grund gehen

von Karl-Jürgen Müller

Rund um den 4. April 2024, dem Tag, an dem die Nato 75 Jahre alt geworden ist, hat es viele Analysen und Kommentare zur Geschichte und Gegenwart dieses von den USA geführten Militärbündnisses gegeben. Die Apologeten der Nato sangen Loblieder: Die Nato habe eine Erfolgsgeschichte, sie sei bis heute unverzichtbar für die Verteidigung der freien Welt. Im Detail gibt es aber auch Klagelieder: Was passiert mit der Nato, wenn *Donald Trump* der nächste US-Präsident wird? Was fehlt immer noch, damit die Nato-Staaten in den kommenden Jahren gegen die Feinde der Freiheit bestehen können?

Aber auch die Kritiker nahmen kein Blatt vor den Mund. Am 8. April erschien ein neues Buch aus kritischer Sicht: «Die Nato. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis» ist der Titel, *Sevim Dagdelen*, früheres Fraktionsmitglied der *Linken* im Deutschen Bundestag, heute im «Bündnis Sarah Wagenknecht» (BSW), ist die Autorin.

Indes muss man hinzufügen: Apologeten und Kritiker begegnen sich nicht auf Augenhöhe. Im Mainstream der Nato-Staaten haben fast nur noch die Apologeten Raum, die Kritiker sind – und waren es in den Nato-Staaten eigentlich schon immer – an den Rand gedrängt und auf kleinere Medien angewiesen – die zudem von staatlichen Zwangsmassnahmen bedroht sind. Und schon gar nicht gibt es einen Dialog zwischen den Apologeten und den Kritikern. Einen solchen Dialog wird es auf absehbare Zeit auch nicht geben. Die Nato-Staaten befinden sich in einem Propagandakrieg, der nicht weniger hart und unerbittlich geführt wird wie der eigentliche Krieg. Da gewinnen interessengeleitete Mythen die Oberhand, Geschichtsschreibung und politische Analyse mit dem Anspruch auf Annäherung an die Wahrheit sind derzeit nicht gefragt.

## Es ist nicht auszuhalten

Zuerst wollte ich nichts zu 75 Jahren Nato schreiben. Das hat sich erst geändert, als ich einen Artikel von *Dagmar Henn* vom 1. April bei *rt deutsch* gelesen habe. Nach der Lektüre habe ich mich erneut gefragt, wie «frei» wir wirklich sind, wenn diese Autorin und dieses Medium in der ganzen EU tabu sind. Wenige Tage später musste ich lesen, was der Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* am 4. April

beim «Jubiläums»-Treffen der Aussenminister der Nato-Staaten in Brüssel zur Ukraine gesagt hat. Da habe ich es nicht mehr ausgehalten.

Was schrieb *Dagmar Henn*? Wortstark verwies sie auf die Tatsache, dass sich die Regierungen der Ukraine und Russlands Ende März 2022 weitgehend auf eine vertragliche Vereinbarung zur Beendigung des Krieges geeinigt hatten, westliche Regierungen aber ihr Veto einlegten und die ukrainische Regierung unter Druck setzten, den Krieg – den Stellvertreterkrieg der Nato gegen Russland – fortzusetzen: vor allem mit Menschen aus der Ukraine und mit den Waffen der Nato-Staaten. Dafür mussten nicht nur russische Kriegsverbrechen in Butscha erfunden werden, dafür mussten seit Ende März 2022 Hunderttausende Ukrainer und Russen ihr Leben lassen.

*Jens Stoltenberg* sagte zum «Jubiläum», im Ukraine-Krieg müsse künftig die Nato mehr Führung übernehmen. Man könne dies nicht den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen. Er sei gewillt, die Ukraine auch in den kommenden Jahren massiv mit Nato-Rüstung zu beliefern und den Krieg mit aktiver Nato-Beteiligung (aber bislang offiziell ohne Nato-Soldaten) auf jeden Fall und bis zum Sieg fortzusetzen. Mehr Nato-Kriegsbeteiligung, so *Stoltenbergs* rhetorische Formel, würde die Russen viel schneller in die Knie zwingen. Die Pressevertreter hatten von zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar für die kommenden Jahre erfahren. *Stoltenberg* wollte keine konkreten Zahlen nennen und verwies auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Juli.

*Dagmar Henn* hat also dargelegt, wie viele Opfer die Weigerung der Nato-Staaten, den Krieg schnell zu beenden, bislang gekostet hat. Und *Jens Stoltenberg* hat dargelegt, warum er den Krieg – mit noch mehr Opfern – weiter eskalieren will. Doch Krieg «bis zum letzten Ukrainer»? *Stoltenbergs* Mythos: Nur eine Eskalation des Krieges könne den Krieg schneller beenden.

## Nato-Mythen

Die offizielle Nato-«Geschichtsschreibung» ist voller Mythen.

Ein paar Beispiele:

– Die Gründung der Nato 1949 sei eine defensive Reaktion auf eine nach Weltherschaft strebende kommunistische Sowjetunion ge-

## «Rein defensive Absichten»

«Im Frühsommer 1988 flog die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Arbeitsbesuch nach Washington. [...] Die Fahrt ging direkt ins Hauptquartier der CIA nach Langley. Erstaunt hörten wir dort den Ausführungen zu, die eine völlig neue amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion zum Thema hatten: Wir sollten uns lösen [...] von dem, was wir seit Jahrzehnten über militärische Potentiale und Strategien in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa gehört hatten. Die Ergebnisse einer Studie zu diesem Thema sei eindeutig: Die Sowjetunion verfolge rein defensive Absichten.»

*Willy Wimmer, 1988–1992 Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, in seinem 2016 erschienenen Buch «Die Akte Moskau», S. 11f.*

wesen. So habe die Nato verhindert, dass die Sowjetunion nach der Sowjetisierung der nach dem Krieg von der Roten Armee besetzten Staaten Ost- und Mitteleuropas auch den Rest Europas in ihre Gewalt bringen konnte, und den Frieden in Europa gesichert. Dabei habe sich die Nato stets am Völkerrecht und an der Uno-Charta orientiert. Immer sei sie dem Schutz von Recht und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet gewesen.

– Nach dem Ende des Kalten Krieges hätten die Nato-Staaten den besten Willen gezeigt, eine friedliche und gerechte, nun alle Staaten der Welt erfassende «neue Weltordnung» zu schaffen. Allein der böse Wille anderer (Terroristen; die «Achse des Bösen», zu der Länder wie Nordkorea, Irak und Iran gehören sollten; Russland und China) sei dem im Weg gestanden. Nur deshalb habe man die Aufgaben der Nato schon bald nach 1991 in Richtung weltweiter Einsätze erweitert, den Begriff «Verteidigung» neu definiert («Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.») und sich an den Kriegen der USA beteiligt.

– So sei zum Beispiel der Nato-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 eine «humanitäre Intervention»

gewesen, habe einen weiteren Völkermord verhindert und das in mehrere Staaten zerfallende ehemalige Jugoslawien befrieden wollen.

– Die Nato-Ost-Erweiterung habe vor allem dem Wunsch der ehemals zum Warschauer Pakt gehörenden Staaten und Völker Ost- und Mitteleuropas entsprochen, Schutz vor einem aggressiven Russland zu finden und endlich zum Westen dazuzugehören.

– Im Ukraine-Krieg verteidige die Nato die Freiheit ganz Europas. Die Nato müsse auch deshalb alles unternehmen, um einen Sieg Russlands im Ukraine-Krieg zu verhindern. Sollte die Ukraine nämlich den Krieg verlieren, so würde Russland auch die anderen europäischen Staaten angreifen, um seine imperialen Pläne in die Tat umzusetzen.

– Im weltweiten Kampf der Demokratien gegen die Autokratien der Welt stehe die Nato auf der Seite von Freiheit, Recht und Demokratie.

## Sapere aude!

Alle diese Mythen sind bei unvoreingenommener Betrachtung und mit Blick auf die politischen und historischen Tatsachen und Zusammenhänge zu widerlegen und wurden auch schon gründlich widerlegt, auch in dieser Zeitung. Aber diese Widerlegungen finden fast gar keinen Zugang zu den Mainstream-Medien in den Nato-Staaten – statt dessen werden die Mythen gepflegt und gehegt und tagtäglich in den verschiedensten Formen wiedergekaut – zumeist untermalt mit nicht überprüfbar Gruselgeschichten über die «anderen».

«Sapere aude! Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!», schrieb *Immanuel Kant* vor mehr als 200 Jahren. Dieser Appell hat nichts an Aktualität verloren. Notwendig ist entschlossener Widerspruch, wenn die Grundlage eines konstruktiven menschlichen Zusammenlebens, nämlich Redlichkeit im Miteinander, Treu und Glauben im öffentlichen Leben, gänzlich verlorenzugehen droht. Heute, wo die Bürger der Nato-Staaten erneut in einen grossen Krieg mit einem die Menschheit bedrohenden Eskalationspotential getrieben werden sollen, ist es überlebenswichtig geworden, die gefährlichen Nato-Mythen zu entlarven und den Sachen auf den Grund zu gehen. •

## 75 Jahre Nato: von einem Krieg zum nächsten

von Manlio Dinucci, Italien

Während sich die Nato in Brüssel versammelte, um ihr 75jähriges Bestehen zu feiern und weitere Militärhilfe für die Ukraine zu beschliessen, hatte Kiew Mühe, die Kriegsanstrengungen der Nato gegen Russland noch mitzutragen. Daher greift es zunehmend auf Terroranschläge innerhalb Russlands zurück.

Der russische *Föderale Sicherheitsdienst* (FSB) hat eine Gruppe von Terroristen verhaftet, die hochexplosiven Sprengstoff transportierten, der an ein Endziel in Moskau geliefert werden sollte. An Bord ihres Nutzfahrzeugs – es wurde am Kontrollpunkt Ubylinka an der russisch-lettischen Grenze in der Region Pskow (Westrussland) abgefangen – wurde unter anderem eine Ladung von 27 ukrainisch gefertigten orthodoxen Ikonen mit Sprengstoff entdeckt. Diese und andere Sprengsätze befanden sich an Bord eines Fahrzeugs, das sechs Nato-Länder durchquert hatte: Rumänien, Ungarn, die Slowakei, Polen, Litauen und Lettland auf dem Weg von der Ukraine nach Russland. Der Plan lag auf der Hand: In Russland angekommen, sollten orthodoxe Ikonen von Kirchen, Gemeinden und gläubigen Familien gekauft werden. Nach einer bestimmten Zeit sollten die Ikonen mit Fernbedienungen gesprengt werden, um während eines religiösen Feiertags, an dem die Gläubigen in Kirchen und Familien zusammenkommen, möglichst viele Opfer zu fordern.

Gleichzeitig werden die Ermittlungen zu dem Terroranschlag vom 3. April in Moskau fortgesetzt, der bisher 144 Todesopfer gefordert hat, eine Zahl, die sich noch erhöhen könnte, da über 500 Menschen verletzt wurden. Die Entscheidung, Konzertbesucher an-

zugreifen, ist Teil eines terroristischen Plans, der darauf abzielt, die russische Zivilbevölkerung ins Chaos zu stürzen und Misstrauen gegenüber der Regierung zu schüren. Dem Plan zufolge sollte dem Massaker an den Konzertbesuchern die Tötung der orthodoxen Gläubigen mit den explosiven Ikonen folgen.

Es sollte nicht überraschen, dass militante ISIS-Exekutoren für diese terroristischen Aktionen eingesetzt werden. Der Mainstream der politischen Medien versucht, die Tatsache zu vertuschen, dass Kiew seit Jahren mit dieser terroristischen Bewegung zusammenarbeitet, die von den Vereinigten Staaten und der Nato finanziert und bewaffnet wird, um Syrien von innen heraus zu zerstören. Zwei Artikel desselben Mainstreams zeugen davon. Am 10. Juli 2015 titelte die italienische Tageszeitung «Il Giornale» unter Berufung auf eine Untersuchung der «New York Times» wie folgt: «Isis-Truppen an der Seite der Ukraine gegen russische Separatisten». Am 21. November 2019 titelte die britische Zeitung «The Independent» wie folgt: «Wie die Ukraine zur unwahrscheinlichen Heimat von ISIS-Führern wurde, die aus dem Kalifat flohen».

Der Terrorplan ist Teil der Strategie der Nato, in der auch Isis-Kämpfer eingesetzt werden. In 75 Jahren hat sich die Nato vom Kalten Krieg zu den Kriegen nach dem Kalten Krieg und mit dem Putsch in der Ukraine 2014 zum offenen Krieg gegen Russland entwickelt. •

Quelle: <https://www.perunmondosenzaguerra.eu/2024/04/06/75-anni-della-nato-di-guerra-in-guerra-20240405-pangea-grandangolo/>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

## Offener Brief an die Bundesregierung und den Bundestag

*zf. Der folgende offene Brief vom 9. April 2024 wurde von Kreistagsabgeordneten fast aller Parteien des Kreistages im Landkreis Uckermark (Bundesland Brandenburg) unterzeichnet. Ausnahme waren die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen. Ein Landkreis ist in Deutschland die regionale politische Einheit oberhalb der Städte und Gemeinden.*

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler *Olaf Scholz*, sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin *Bärbel Bas*

Wir wenden uns an Sie in tiefer Sorge vor einer weiteren Eskalation des Krieges und mit der Erwartung, anstelle weiterer Waffenlieferungen Verantwortung für eine friedliche Lösung zu übernehmen.

Den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden Krieg verurteilen wir auf das schärfste.

Wir sind solidarisch mit dem ukrainischen Volk, das seit nunmehr zwei Jahren unter den katastrophalen Folgen dieses Krieges leidet.

Das Völkerrecht gilt uneingeschränkt für alle Staaten und Menschen. Waffenlieferungen lösen keine Konflikte und sind insbesondere mit Blick auf die deutsche Geschichte moralisch nicht vertretbar. Deshalb sind wir gegen Versuche, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen. Wir fordern eine Rückkehr zum Verzicht Deutschlands, Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern.

Deutschland sollte nichts unversucht lassen, um diplomatische Lösungen für ein Ende des Krieges zu initiieren und das friedliche Miteinander der Völker zu fördern.

Mit grosser Sorge beobachten wir den Ausbau der Rüstungsindustrie und eine in der Öffentlichkeit immer stärker und scheinbar bedenkenlos genutzte Kriegsrhetorik. Anstelle militärischer Unterstützung sollte Deutschland alles dafür tun, um der Ukraine jedwede humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Krieg kennt nur Verlierer. Statt der Dominanz des Militärs brauchen wir die Sprache der Diplomatie und des Friedens.

In Anlehnung an die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sind wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, uns unserer Verantwortung bewusst und sehen die Uckermark fest in einem vereinten Europa verankert, beseelt von dem Willen, dem Frieden zu dienen.

Mit freundlichen Grüssen

*Christian Bork, Heike Heise-Heiland, Anne-Frieda Reinke, Andreas Büttner, Jens Koepen, Achim Rensch, Knut Büttner-Janner, Mirko Koschel, Siegfried Schön, Frank Düpre, Walter Kotzian, Tobias Schween, Harald Engler, Axel Krumrey, Walter Seehagen, Burkhard Fleischmann, Dietmar Meier, Dr. Wolfgang Seyfried, Dr. Alexander Genschow, Josef Menke, Günter Tattenberg, Hannes Gnauck, Andreas Meyer, David Weide, Monty Gutzmann, Thomas Neumann, Evelin Wenzel, Torsten Hagenow, Gerd Regler, Christine Wornicke, Wolfgang Banditt (Kreistagsvorsitzender), Karina Dörk (Landrätin)*

Quelle: Landkreis Uckermark; [https://www.uckermark.de/index.php?object=tx\\_3615.5.1&ModID=7&FID=3615.9696.1](https://www.uckermark.de/index.php?object=tx_3615.5.1&ModID=7&FID=3615.9696.1) vom 9.4.2024

# Angriff auf die Neutralität

## Seit wann vernachlässigen die österreichischen Regierungen die Neutralität?

von Daniel Jenny, Österreich

Am 14. Juli 1984 richtete der österreichische Außenminister *Alois Mock* (ÖVP) ein Schreiben an seinen französischen Amtskollegen und amtierenden Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften, *Roland Dumas*, mit dem Österreich offiziell ein Gesuch auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften stellt. Er schreibt: «Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität aus, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon, dass es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften auf Grund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.»

Die damalige Regierung mit Bundeskanzler *Fred Sinowatz* (SPÖ) und Vizekanzler *Norbert Steger* (FPÖ) hatte den Wunsch der Österreicher, auch bei einem Eintritt in die damaligen Europäischen Gemeinschaften neutral zu bleiben, respektiert und das Beitrittsgesuch mit einem Neutralitätsvorbehalt versehen.

- In den Jahren 1988 und 1989 sind folgende Parteien und Institutionen für einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften:
- die FPÖ<sup>1</sup>,
  - der *Österreichische Gewerkschaftsbund* stellt zwar Forderungen für den Beitritt, ist aber nicht dagegen,<sup>2</sup>
  - die ÖVP<sup>3</sup>,
  - Die *Vereinigung Österreichischer Industrieller*<sup>4</sup>.
- Gegen einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften sprechen sich aus:
- die Grünen<sup>5</sup>,
  - die KPÖ<sup>6</sup>.

Am 31. Juli 1992 antwortete die EG-Kommission zum Beitrittsantrag Österreichs, der 1989 ohne formellen Neutralitätsvorbehalt gestellt wurde, mit einer Stellungnahme<sup>7</sup>. Die EU ging auf die Vereinbarkeit mit der dauernden Neutralität Österreichs wie folgt ein:

«Mögliche Lösungen für die aus der Neutralität Österreichs resultierenden Probleme: Die Lösungen für die oben aufgezeigten rechtlichen Probleme müssen in den Beitrittsverhandlungen erarbeitet werden, und zwar

1. entweder durch eine Neudefinierung des Neutralitätsstatus durch Österreich (die den Partnern notifiziert werden müsste)
2. oder durch eine in der Beitrittsakte verankerte Ausnahme vom Vertrag.»

Diese Stellungnahme ist aufschlussreich. Die EG-Kommission wies Österreich auf zwei Möglichkeiten hin:

1. Im ersten Fall hätte Österreich seinen Neutralitätsstatus so neu definieren müssen, dass er mit der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* der in Entstehung begriffenen EU vereinbar ist, und alle anderen Staaten darüber informieren müssen.
2. Im zweiten Fall wurde Österreich der Weg aufgezeigt, in den Beitrittsakten Österreichs Ausnahmen zum «Vertrag über die Europäische Union» zu verhandeln.

Am 1. Februar 1993 wurden die formalen Beitrittsverhandlungen gestartet<sup>8</sup>, die bis zu ihrem Abschluss am 12. April 1994<sup>9</sup> gedauert haben. Österreich hatte damals die Regierung mit Bundeskanzler *Franz Vranitzky* (SPÖ) und Vizekanzler *Erhard Busek* (ÖVP)<sup>10</sup>. Offensichtlich ist damals die Entscheidung gefallen, die zweite Option nicht weiter zu verfolgen und keine Ausnahmeregelung zu erwirken. Österreich hat keine Vertragsausnahme erwirkt, wie es andere Staaten wie Dänemark und Grossbritannien erreicht haben. Diese Länder haben gezeigt, dass es möglich war, Ausnahmen aus den Verträgen zugestanden zu bekommen (Grossbritannien z.B. «Britten-Rabatt», Dänemark z.B. «EU-Verteidigungsvorbehalt», der mit Volksabstimmung 2022 aufgegeben wurde).

Österreich hat das nicht erreicht, höchstwahrscheinlich auch gar nicht versucht – die Verhandlungen waren vertraulich –, weil es de facto ein vereinbarter Neutralitätsvorbehalt gewesen wäre. Einen Neutralitätsvorbehalt hat Alois Mock (ÖVP) damals aber dezidiert ausgeschlossen. Die «irische Klausel» und die

«konstruktive Enthaltung» waren zwar Möglichkeiten, die den neutralen Staaten in der EU für ein eigenständiges neutrales Verhalten zugestanden wurden. Diese bildeten aber keine «in den Beitrittsakten vereinbarte Ausnahme»<sup>11</sup>. Es ist kaum zu glauben: Offensichtlich haben die österreichischen Verhandlungsführer die erste Option, die einer Aufgabe der Neutralität innerhalb der EU gleichkam, gewählt! Seitdem sprechen die Regierungen davon, dass man neutral ist, meinen damit aber nur neutral ausserhalb der EU, was mit dem völkerrechtlichen Neutralitätsrecht unvereinbar ist. Daher tut man bis zum heutigen Tag im Gleichklang mit der EU alles. Das verletzt aber die völkerrechtlichen Neutralitätspflichten. Die österreichischen Regierungen vertreten bis heute nicht ernsthaft und ehrlich diese Pflichten der Neutralität.

### Die Neutralität von Österreich bleibt trotzdem aufrecht

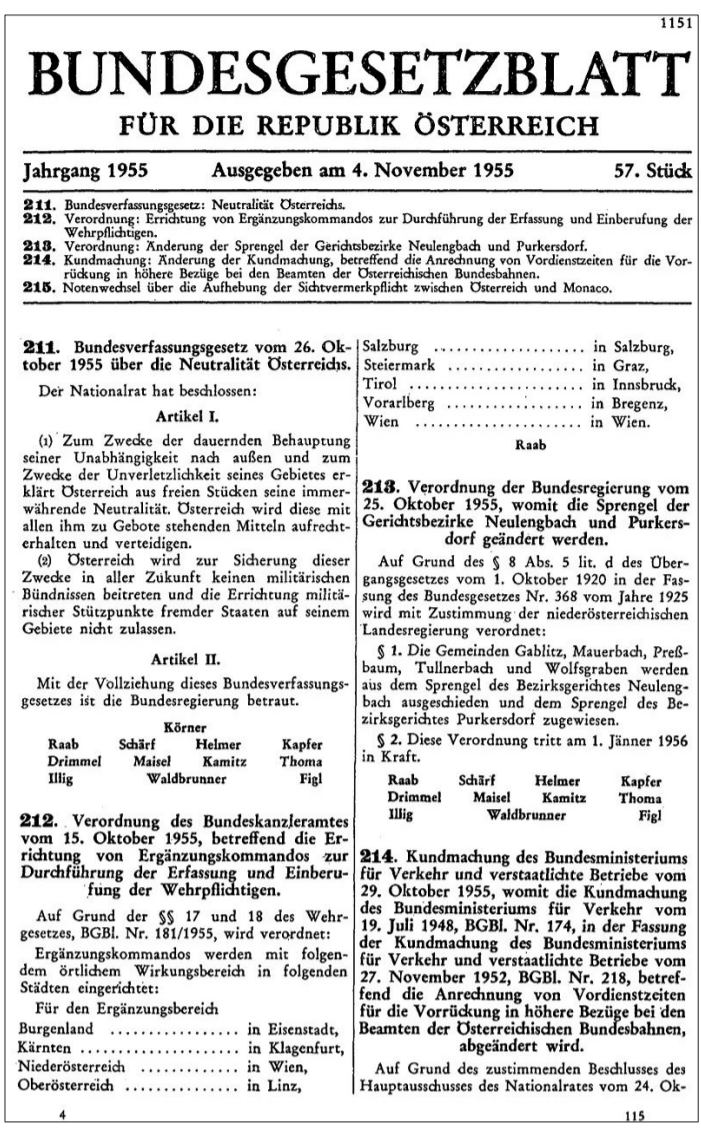
Auch heute sind sich 80% der Österreicher einig, an der Neutralität festhalten zu wollen.<sup>12</sup> Für sie stellt die Neutralität ein friedensstiftendes und für die ganze Welt sinnvolles Instrument dar, das auch ein Teil der eigenen Identität geworden ist.

Wie Univ. Prof. Dr. *Michael Geistlinger* am 28. März 2023 bei einem öffentlichen Vortrag in Ansfelden ausführte, sind die Vertragsbestimmungen der Europäischen Union nichts anderes als ein Gründungsvertrag einer regionalen internationalen Organisation<sup>13</sup>: «Die Europäische Union wird gerne als Superstar gesehen, aber rein rechtlich, rein völkerrechtlich, ist sie nichts anderes als eine regionale internationale Organisation. Als regionale internationale Organisation ist die Europäische Union ans Völkerrecht gebunden. Im EU-Vertrag bekennt sie sich ausdrücklich zu den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen.» (Übrigens wäre es besser, wenn sich die EU an die Satzung der Vereinten Nationen hielte, anstelle nur an deren Grundsätze.) Auch wenn es vom österreichischen Bundespräsidenten geäußert wird, ist es nicht richtig zu sagen, dass die Solidaritätspflichten aus der EU den Völkerrechtspflichten vorgehen. Das ist gerade nicht der Fall. Prof. Geistlinger weiter: «Sondern das universelle Völkerrecht geht der regionalen internationalen Organisation vor. Unsere Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität ist eine Pflicht aus dem universellen Völkerrecht. Wenn wir gegenüber der Europäischen Union Verpflichtungen eingehen, die mit unseren universellen Verpflichtungen nicht übereinstimmen, sind wir gegenüber der EU zwar schuldig, aber vom universellen Völkerrecht her ist es geboten, auch gegen die Europäische Union zu handeln.» Der Völkergemeinschaft gegenüber gelten also die Pflichten und Rechte für den neutralen Staat nach wie vor. Leider höhnen unsere Regierungen die Neutralität aus, da wir die Pflichten der Neutralität zu wenig ernst nehmen.

### Vorauselender Gehorsam

Anstatt wegen des neutralen Status während der Beitrittsverhandlungen mit den EG/der EU Ausnahmeregelungen zu erwirken, wählte die damalige Regierung einen anderen Weg: Man diente sich der EU an, als im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen der Zweite Golf-Krieg heraufzog.

Der Zweite Golf-Krieg begann mit der Eroberung Kuwait's durch den Irak am 2. August 1990. Die inszenierte Aussage einer kuwaitischen Diplomantochter am 10. Oktober 1990 vor dem US-Kongress über die angebliche Tötung von Neugeborenen durch irakische Soldaten hatte erheblichen Einfluss auf die amerikanische öffentliche Meinung und führte zu einer weitgehenden Befürwortung eines Kriegseinsatzes in den USA. Der UN-Sicherheitsrat erliess eine Resolution, in der – ausnahmsweise – auch der Einsatz von militärischer Gewalt zugelassen wurde: Die Resolution 678<sup>14</sup> vom 29. November 1990 «ermächtigt[e] die Mitgliedsstaaten, die mit der Regierung Kuwait's kooperieren, für den Fall, dass Irak die [...] genannten Resolutionen bis zum 15. Januar 1991 nicht [...] vollständig durchführt, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 (1990)<sup>15</sup> [ge-



blieben von der direkten Teilnahme an der Koalition verschont.

Erst in einem späteren Schritt, am 1. Mai 2004, erreichten die zehn Länder, dass sie nach dem Erfüllen der «Kopenhagener Kriterien»<sup>18</sup> nun die «Fähigkeit mitbringen, den mit einer EU-Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und zum Beispiel alle EU-Vorschriften umzusetzen und die Ziele der EU zu unterstützen». Diese zehn waren Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Malta und Zypern. Am 1. Januar 2007 sind schliesslich Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten.

Ist es Zufall, dass zuerst ihr Beitritt in die Nato erfolgte, dann ein Kriegseinsatz erzwungen wurde und erst anschliessend die «Kopenhagener Kriterien» der EU erfüllt wurden? Es macht den Anschein, dass die EU nur den politischen Arm der Nato bildet. Könnte dies der Grund sein, warum Österreich bereits 1991 die drei Neutralitätspflichten, die 1955 im Rahmen eines «einseitigen Rechtsgeschäftes» mit der Völkergemeinschaft vereinbart wurden, nicht einhalten durfte?

meint ist der Abzug aus Kuwait] [...] Geltung zu verschaffen [...] und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen». Ab dem 16. Januar 1991 begann eine Koalition, angeführt von den USA und legitimiert durch die Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates, mit Kampfhandlungen die Befreiung Kuwait's.<sup>16</sup> Allerdings war in dieser Resolution auch enthalten, dass alle Staaten ersucht werden, «die [...] ergriffenen Massnahmen in geeigneter Weise zu unterstützen». Mit «geeignet» war gemeint, dass neutrale Staaten auf Grund ihres völkerrechtlich akzeptierten Status davon ausgenommen sind.

Leider sah die damalige Regierung mit Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) und Vizekanzler *Josef Riegler* (ÖVP) dies anders und meinte, dass wir uns nicht beteiligen können, aber die Flügel über unser Bundesgebiet wegen der Resolution zulassen. Dieses Verhalten passt aber nicht zur Neutralität. Gerade deshalb hat der Sicherheitsrat ausdrücklich formuliert: «in geeigneter Weise zu unterstützen». Die Respektierung der österreichischen Neutralität wäre nötig gewesen. Damals wurden aber nicht nur die Überflüge, sondern auch Transporte gutgeheissen. Die durch Österreich transportierten Panzer waren «Bergepanzer» und keine «normalen» Panzer. Die Regierung hat sich der EU angeeignet. Warum? Wollte man die EU im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen überzeugen, dass man auf den neutralen Status verzichtet, falls es erforderlich ist? Hat der transatlantische Hegemon über die EU-Strukturen verlangt, dass Österreich auf die Neutralität verzichten soll? Wurde Druck ausgeübt?

### Erzwungene Gefolgschaft

Ein ähnlicher Ablauf war bei der Ost-Erweiterung der Nato und der EU zu beobachten. Sämtliche Staaten des ehemaligen militärischen Beistandsbündnisses «Warschauer Pakt» wurden etappenweise zuerst in die Nato und in einem zweiten Schritt in die EU aufgenommen. Die erste Nato-Ost-Erweiterung der Beitrittsrunde von Polen, Tschechien und Ungarn erfolgte am 12. März 1999. Die zweite Nato-Ost-Erweiterung mit Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien geschah in der Beitrittsrunde vom 29. März 2004. Einzig Malta und Zypern waren von einer Nato-Mitgliedschaft verschont geblieben.

Beim völkerrechtswidrigen Angriff der USA im Frühjahr 2003 auf den Irak im Dritten Golf-Krieg mussten ausnahmslos alle zehn neu aufgenommenen Länder die USA politisch und militärisch als Koalition der Willigen<sup>17</sup> unterstützen. Nur Malta, Österreich und Zypern

Die drei Pflichten sind Abstinenzpflicht, Gleichbehandlungspflicht und keine Zurverfügungstellung österreichischer Territorien für Kriegsführende. Ist das so schwierig?

Wir meinen, die Sicherheit eines Staates nimmt in einem Bündnis ab, da man nicht mehr selbst über Krieg und Frieden entscheiden kann. Allianzen wollen stets grösser werden. Sie sind der Macht, nicht dem Frieden verpflichtet. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Neutralitätsverpflichtungen einhalten. Friedensstifter sind gefragt.

- <sup>1</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/entschlie%C3%9Fungsantrag\\_der\\_fpo\\_betreffend\\_die\\_aufnahme\\_von\\_beitrittsverhandlungen\\_mit\\_der\\_eg\\_27\\_november\\_1987-de-101722dd-877a-4b8c-aa04-0a05e79cae96.html](https://www.cvce.eu/de/obj/entschlie%C3%9Fungsantrag_der_fpo_betreffend_die_aufnahme_von_beitrittsverhandlungen_mit_der_eg_27_november_1987-de-101722dd-877a-4b8c-aa04-0a05e79cae96.html)
- <sup>2</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/europa\\_memorandum\\_des\\_oesterreichischen\\_gewerkschaftsbundes\\_6\\_dezember\\_1988-de-17d7fc58-bc40-4435-b75c-ac8cd04b3f87.html](https://www.cvce.eu/de/obj/europa_memorandum_des_oesterreichischen_gewerkschaftsbundes_6_dezember_1988-de-17d7fc58-bc40-4435-b75c-ac8cd04b3f87.html)
- <sup>3</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/europa\\_manifest\\_der\\_oesterreichischen\\_volkspartei\\_ovp\\_23\\_mai\\_1988-de-30e56e53-2fcb-4ab7-b33d-0fc096b757e1.html](https://www.cvce.eu/de/obj/europa_manifest_der_oesterreichischen_volkspartei_ovp_23_mai_1988-de-30e56e53-2fcb-4ab7-b33d-0fc096b757e1.html)
- <sup>4</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/stellungnahme\\_dervereinigung\\_oesterreichischer\\_industrieller\\_zur\\_europaischen\\_integration\\_europa\\_unsere\\_zukunft\\_wien\\_1987-de-51284fca-1239-4766-aba2-fd0ee07c7752.html](https://www.cvce.eu/de/obj/stellungnahme_dervereinigung_oesterreichischer_industrieller_zur_europaischen_integration_europa_unsere_zukunft_wien_1987-de-51284fca-1239-4766-aba2-fd0ee07c7752.html)
- <sup>5</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/europamanifest\\_der\\_oesterreichischen\\_grunen\\_alternative\\_februar\\_1989-de-9ad04f3d-2c40-44c1-bb83-944a046e5ac.html](https://www.cvce.eu/de/obj/europamanifest_der_oesterreichischen_grunen_alternative_februar_1989-de-9ad04f3d-2c40-44c1-bb83-944a046e5ac.html)
- <sup>6</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/denkschrift\\_der\\_kommunistischen\\_partei\\_oesterreichs\\_hinsichtlich\\_des\\_eg\\_beitritt\\_oesterreichs\\_1988-de-7e7e8587-8c06-40e2-b83e-ae70e03c9eb9.html](https://www.cvce.eu/de/obj/denkschrift_der_kommunistischen_partei_oesterreichs_hinsichtlich_des_eg_beitritt_oesterreichs_1988-de-7e7e8587-8c06-40e2-b83e-ae70e03c9eb9.html)
- <sup>7</sup> [https://www.cvce.eu/de/obj/stellungnahme\\_derkommission\\_zum\\_beitrittsantrag\\_oesterreichs\\_31\\_juli\\_1992-de-e22a3d78-7ef1-46e1-8dbb-f4d-b7c584fc4.html](https://www.cvce.eu/de/obj/stellungnahme_derkommission_zum_beitrittsantrag_oesterreichs_31_juli_1992-de-e22a3d78-7ef1-46e1-8dbb-f4d-b7c584fc4.html)
- <sup>8</sup> <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/at25eu/hintergrundinfo/oesterreichs-weg-in-die-eu.html>
- <sup>9</sup> Mit dem In-Kraft-Treten des Vertrages gliederten sich am 1. November 1993 die Europäischen Gemeinschaften in die Europäische Union (EU) ein. Siehe auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union](https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Europ%C3%A4ischen_Union)
- <sup>10</sup> <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/regierungen-seit-1945.html>
- <sup>11</sup> E-Mail vom 1.2.2024, 16:00 Uhr
- <sup>12</sup> <https://exxpress.at/exxpress-umfrage-bestaetigt-eindeutig-80-wollen-neutralitaet-behalten/>
- <sup>13</sup> <https://infoe.at/2023/03/28/vortrag-mit-univ-prof-dr-michael-geistlinger-28-3-2023/>
- <sup>14</sup> [https://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr678-90.pdf](https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr678-90.pdf)
- <sup>15</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution\\_660\\_des\\_UN-Sicherheitsrates](https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_660_des_UN-Sicherheitsrates)
- <sup>16</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter\\_Golfkrieg](https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Golfkrieg)
- <sup>17</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Koalition\\_der\\_Willigen](https://de.wikipedia.org/wiki/Koalition_der_Willigen)
- <sup>18</sup> [https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/eu-enlargement\\_de](https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/eu-enlargement_de)

# Eklatanter Verstoss gegen Neutralität und Demokratie

## Bundesrat verweigert Unterzeichnung des UN-Kernwaffenverbotsvertrags!

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Am 27. März 2024 gab der Bundesrat bekannt, dass er dem Kernwaffenverbotsvertrag (TPNW) «zum jetzigen Zeitpunkt» nicht beitreten werde. Dasselbe hatte er bereits 2018 und 2019 erklärt.<sup>1</sup>

Das ist dicke Post aus dem Bundeshaus! Leider ist es nichts Neues für uns Bürger, dass unsere «Diener des Volkes» gegen das Neutralitätsgebot verstossen, aber was hier abläuft, sprengt alles Bisherige. Denn der Bundesrat geht gleichzeitig seit mehr als fünf Jahren über den Willen des Schweizer Parlaments hinweg, das sich 2018 deutlich für den Beitritt zum Kernwaffenverbotsvertrag ausgesprochen hat (siehe Kasten).

### Zeitschrift für die Auslandschweizer: Pflicht des Bundesrates zum Beitritt

«Zum Selbstverständnis der Schweiz gehört ihr Einsatz für Konfliktlösungen, Abrüstung und eine Welt in Frieden. [...] Daher läge es auf der Hand, dass der Bundesrat ohne zu zögern den Uno-Kernwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. [...] Ein Beitritt wäre zudem Ausdruck der humanitären Tradition der Schweiz. Trotzdem steht der Bundesrat auf der Bremse.» Mit diesen glasklaren Worten erinnert dieser Tage die *Schweizer Revue*, die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und -schweizer, den Bundesrat an seine Pflicht gegenüber der Schweiz und der Welt.<sup>2</sup>

### Friedliebende Staaten treten dem Uno-Kernwaffenverbotsvertrag bei<sup>3</sup>

Das Abkommen «enthält ein umfassendes und ausdrückliches Verbot für Kernwaffen, verbietet also den Einsatz, die Androhung des Einsatzes, die Herstellung, die Lagerung, den Erwerb, den Besitz, die Stationierung, die Weitergabe sowie Tests von Kernwaffen und die Unterstützung dieser verbotenen Tätigkeiten.» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 27.3.2024) Damit geht der TPNW viel weiter als der «Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT)» von 1968, den die fünf Atomkräfte USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und China damals, und seither praktisch alle Staaten der Welt anerkannt haben.

Der Kernwaffenverbotsvertrag ist seit 2021 in Kraft und wurde bereits von 70 Staaten, mehrheitlich des globalen Südens, ratifiziert, während die fünf genannten Atomkräfte sowie der gesamte Westen – ausser den Neutralen Irland und Österreich! – auf der Weltkarte weiss bleiben.<sup>4</sup> Die Schweiz hätte allen Grund, dem mutigen Beispiel Irlands und Österreichs zu folgen und sich den friedliebenden Staaten der Welt anzuschliessen. Statt dessen «beurteilt der Bundesrat die Wirkung des TPNW als gering, weil er von den Atomwaffenbesitzern, aber auch von fast allen westlichen und europäischen Ländern, nicht anerkannt wird.» His masters voice – mehr als blamabel für die einst neutrale und eigenständige Schweiz.

### Bundesrat versucht sich herauszuwinden

Die Neutralität der Schweiz entspricht dem Willen der grossen Mehrheit der Schweizer gemäss allen Umfragen und der über 132000 Unterzeichner der soeben eingereichten Neutralitätsinitiative. Der Bundesrat hält zwar in seiner Medienmitteilung richtig fest: «Der Einsatz von Kernwaffen wäre mit dem Humanitären Völkerrecht kaum vereinbar.» Dann aber schlängelt er sich wieder heraus und behauptet, «dass ein Beitritt im gegenwärtigen internationalen Umfeld [...] nicht im Interesse der

### Bundesrat handelt gegen den klaren Willen des Parlaments

mw. Gleichentags wie der Bundesrat meldete sich die Sozialdemokratische Partei Schweiz unter dem Titel «Ja zum Atomwaffenverbotsvertrag ist überfällig» zu Wort: «Zum erneuten Mal hat sich der Bundesrat heute gegen die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags ausgesprochen. Die SP kritisiert diesen Entscheid, der sich gegen den klaren Willen des Parlaments stellt, scharf und fordert rasches Handeln. [...] Die Schweiz hat den Vertrag bis heute nicht unterzeichnet, obwohl National- und Ständerat einer entsprechenden Motion von SP-Ständerat Carlo Sommaruga bereits 2018 zugestimmt haben», schreibt die SP weiter, und folgert: «Der Auftrag an den Bundesrat ist also schon längst erteilt.»

Und tatsächlich stiess ich auf die Motion 17.4241 von Carlo Sommaruga (SP, GE): «Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren», die am 5. Juni 2018 vom Nationalrat mit 100 Ja zu 86 Nein bei einer Enthaltung angenommen worden war. Am 12. Dezember 2018 stimmte der Ständerat der Motion ebenfalls deutlich zu, mit 24 Ja zu 15 Nein und 2 Enthaltungen. Dies entgegen der Ablehnungsempfehlung des Bundesrates (auch damals schon vertreten durch EDA-Chef Ignazio Cassis). Neben den linken Parteien sagten auch viele Vertreter der CVP sowie einige Mitglieder der SVP und der FDP in beiden Räten ja zum Kernwaffenverbot. Der Vorstoss

«beauftragt(e) den Bundesrat, den Vertrag über das Kernwaffenverbot rasch zu unterzeichnen und [dem Parlament] zur Ratifizierung vorzulegen.»

Aus dem Votum des damaligen Nationalrats Carlo Sommaruga: «So unglaublich es auch klingen mag: Trotz der 250 000 Toten, die die beiden 1945 auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben forderten, wurden Atomwaffen nie verboten, im Gegensatz zu biologischen Waffen, die 1975 verboten wurden, und chemischen Waffen, die seit 1997 verboten sind. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass der Einsatz von Atomwaffen verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung hat. Wie das IKRK und sein [damaliger] Präsident Peter Maurer betonen, verstossen Atomwaffen per Definition gegen die Genfer Konventionen, deren Verwahrer wir sind und die es verbieten, Zivilisten in bewaffneten Konflikten anzugreifen.»

Ein klarer Auftrag des vom Volk gewählten Parlaments an den Bundesrat. Es ist doch nicht zu fassen, dass der Bundesrat beharrlich darüber hinweggeht – seit nunmehr über fünf Jahren!

Quellen: Medienmitteilung SP Schweiz vom 27.3.2024. <https://www.sp.ps.ch/artikel/2024/03/27/Protokoll-der-Parlamentsverhandlungen-vom-5.6.-und-12.12.2018>. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=44998>

Schweiz liegt.» Warum nicht? Eine genauere Antwort bleibt uns der Bundesrat in der Medienmitteilung schuldig. Er teilt lediglich mit, dass er am 27. März seinen Bericht zu einem Postulat aus dem Parlament verabschiedet hat. Einen Blick in den Bericht zu werfen lohnt sich.

### Beitritt hätte «negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit der Nato»

Im Bericht vom 31.1.2024 zu den «Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz»<sup>5</sup> erfahren wir, welche bedenkliche Kriegsstimmung im Bundesrat gepflegt wird. Wir ersparen unseren Lesern die absurden Einwände gegen Russland, dessen «Einsatz von militärischer Gewalt» viele europäische Staaten veranlasst habe, «ihre Verteidigungsbereitschaft zu verstärken» – verdreht geht's nimmer. Und wir stellen mit Missbehagen fest, wie der Bundesrat ins Schwärmen kommt ob dem Nato-Beitritt (und dem vorangegangenen EU-Beitritt) Schwedens und Finnlands: «Zwei Staaten, die während des Kalten Krieges eine lange Tradition der Neutralität pflegten und sich später mit dem EU-Beitritt und Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags von neutralen zu bündnisfreien Staaten entwickelten, sind nun zur Überzeugung gelangt, dass ihre Sicherheit in der Nato besser gewährleistet ist.» (Bericht, S. 2)

Unter dem Titel «Risiken» (des Beitritts zu TPNW) kommt der Bericht zur Sache: «Auch wenn die gegenwärtige militärische Kooperation nach heutigem Kenntnisstand nicht direkt betroffen sein dürfte, würde ein Beitritt zum TPNW die Position der Schweiz in Sicherheitspartnerschaften komplizieren. Dies insbesondere gegenüber der Nato, die ein erklärtes Nuklearbündnis ist und auf absehbare Zeit bleiben wird.» (S.3) Warum würde der Beitritt das Verhältnis der Schweiz zur Nato «komplizieren»? Was auf Seite 4 des aktuellen Berichts ziemlich verklausuliert wird, übersetzt die *Schweizer Revue* anhand eines Pa-

piers der Bundesverwaltung von 2018 in lesbare Deutsch: «Dort heisst es, bei einem bewaffneten Angriff würde die Schweiz mit einiger Wahrscheinlichkeit mit Kernwaffenstaaten oder Bündnissen zusammenarbeiten. Mit einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde sich die Schweiz die Option verschliessen, sich im Rahmen solcher Bündnisse [gemeint sind die Nato und die EU] explizit unter einen Nuklearschirm zu stellen.»<sup>6</sup>

Im Klartext: Mit seinem Nein zum TPNW läutet der Bundesrat den faktischen Nato-Beitritt der Schweiz ein.

### Die brennende Frage der Sicherheit für die neutrale Schweiz

Die wichtigste Frage lässt der Bundesrat in seinem Konstrukt aus: Nämlich, ob die Schweiz unter dem nuklearen oder konventionellen Schutzschirm der Nato (und dem Sky Shield der Nato-EU) tatsächlich sicherer wäre als in über 200 Jahren als neutraler Staat. Wer die Schweizer Geschichte kennt, dem ist die Antwort klar. Dank ihrer Neutralität konnte sich die Schweiz aus allen um sie herum tobenden Kriegen, vor allem den zwei schrecklichen Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, heraushalten.

Eine zweite, nicht weniger bedeutende Frage: Gegen wen soll uns denn die Nato schützen?

Der russische Botschafter in der Schweiz, *Sergei Garmoin*, bemerkte kürzlich in einem Vortrag in Kloten, aus dem VBS (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sicherheit) höre man, «Russland könnte Panzer oder sogar seine Kriegsschiffe (!) gegen das Binnenland Schweiz einsetzen». Tatsächlich habe Russland noch nie die Schweiz angegriffen (abgesehen von General *Suworow*, der Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Zürichberg gegen die Franzosen kämpfte), und habe dies auch heute nicht vor.

Weiter erinnerte der russische Botschafter daran, Präsident *Wladimir Putin* habe kürzlich erneut bekräftigt, dass er keine Angriffe gegen die Nato beabsichtigt. Aber, mahnte Sergei Garmoin, der Schweiz helfe eine Annäherung an die Nato nicht für ihre Beziehung zu Russland.<sup>7</sup>

### Als neutrales Land stehenbleiben und seinen Beitrag leisten

Ein Aspekt im Bericht des Bundesrates soll noch aufgegriffen werden: «Zu möglichen Risiken eines Beitritts gehört, dass der TPNW bei gewichtigen internationalen Akteuren und bilateralen wie multilateralen Partnern der Schweiz wenig Verständnis, gar klare Ablehnung, findet.» (S.4)

Dass die Grossmächte «wenig Verständnis» für den Standpunkt des Neutralen haben, ist nichts Neues. Wir kennen das aus der Geschichte: Regelmässig forderten Kriegsmächte die

Schweiz auf, sich auf ihrer Seite zu positionieren. Es ist das Los des Neutralen, von Kriegsmächten nicht «verstanden» zu werden. Aber auch wenn in den Machtzentren das Verständnis für den neutralen Schweizer Standpunkt fehlen sollte – Hauptsache ist, dass wir selbst die Neutralität als Fundament unseres Staatsverständnisses und unseres Wirkens in der Welt verstehen.

Denn nur auf Grund ihrer Neutralität kann die Schweiz ihren Friedensbeitrag leisten, durch den unverzichtbaren Einsatz des IKRK und durch die Bereitschaft, ihre Guten Dienste allen Kriegsparteien, die dies wünschen, zukommen zu lassen.

Auch im Ukraine-Krieg wären unsere Bundesräte gut beraten, sich daran zu erinnern, dass die Friedensarbeit der Schweiz nicht möglich ist, wenn sie die eine Partei sanktioniert und – ob direkt oder in einem Ringtausch – Waffen an die andere Partei liefert. Und im Gaza-Krieg dürfen sich Bundesrat und Parlament nicht davon abhalten lassen, das IKRK und die Uno-Hilfsorganisationen, allen voran das Palästinenserhilfswerk UNWRA, mit allen Kräften zu unterstützen, damit sie den Menschen im Gaza-Streifen ein wenig Licht in die Hölle bringen können.

- <sup>1</sup> «Kernwaffenverbotsvertrag: Bundesrat will zum jetzigen Zeitpunkt keinen Richtungswechsel.» *Medienmitteilung des Bundesrates* vom 27.3.2024
- <sup>2</sup> Forster, Christof. «Atomwaffen verbieten: eigentlich ja, aber ...». *Schweizer Revue* Nr.2 vom März 2024
- <sup>3</sup> TPNW: Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons ([https://www.icanw.org/signature\\_and\\_ratification\\_status](https://www.icanw.org/signature_and_ratification_status))
- <sup>4</sup> *Bericht zum Postulat* 22.3800 Dittli vom 27. September 2022
- <sup>5</sup> Forster, Christof. «Atomwaffen verbieten: eigentlich ja, aber ...». *Schweizer Revue* Nr.2 vom März 2024
- <sup>6</sup> Referat in der Stadthalle Kloten vom 22. März 2024

### Neutralitätspolitische Skandal: Bundesrat beschliesst Beitritt zu European Sky Shield

mw. Am 10. April hat der Bundesrat noch einmal einen Zacken zugelegt in seinem Neutralitäts-Abbau-Programm: Er hat den Beitritt zur «European Sky Shield Initiative» (ESSI) beschlossen. Diese wurde «im August 2022 lanciert und gründet auf der Notwendigkeit, die Luftverteidigung in Europa zu stärken und die Anstrengungen besser zu bündeln». Weiter erfährt man: «Mittlerweile haben elf Staaten die Beitrittsklärung zum MoU [Memorandum of Understanding] unterzeichnet.» Die Schweiz gehört also zu den ersten elf Unterzeichnern – das Doppelgespann *Amherd/Cassis* ist wirklich sehr eifrig, wenn man bedenkt, dass wir weder der Nato noch der EU angehören!

Laut der Medienmitteilung gehe es für die Schweiz vor allem um «eine bessere Koordination von Beschaffungsvorhaben, der Ausbildung sowie logistischer Aspekte im Bereich der bodengestützten Luftverteidigung» (Bodluf) in Europa. Zudem betont der Bundesrat, auch nach der Unterzeichnung der Beitrittsklärung «entscheide(t) die Schweiz frei darüber», wo und wie weit sie sich an ESSI beteiligen wolle: «Durch die Unterzeichnung der Beitrittsklärung zum MoU entstehen keine Verpflichtungen.» Also alles ganz harmlos?

Warum mussten dann die Schweiz und Österreich in einer Zusatzklärung «ihre neutralitätsrechtlichen Vorbehalte» festhalten, um «jegliche Teilnahme oder Mitwirkung an internationalen militärischen Konflikten auszuschliessen»? [Hervorhebung mw]. So harmlos ist die Sache offenbar doch nicht.

### Was hat die Schweiz im «Luftverteidigungssystem» der EU/Nato gegen Russland zu suchen?

Bestätigt wird unser neutralitätsbasierter Abwehrreflex durch eine Meldung der britischen Nachrichtenagentur *Reuters* unter dem Titel: «Die neutrale Schweiz tritt dem European Sky Shield Verteidigungsprojekt bei» mit der Erläuterung: «Die European Sky Shield Initiative (ESSI) ist ein gemeinsames Luftverteidigungssystem, das von Deutschland im Jahr 2022 ins Leben gerufen wurde, um die europäische Luftverteidigung zu stärken – ein Thema, das seit Russlands Einmarsch in der Ukraine stärker in den Fokus gerückt ist.» [Hervorhebung mw]

Quellen: «Bundesrat beschliesst Beitritt zur European Sky Shield Initiative». *Medienmitteilung* vom 10.4.2024; «Neutral Switzerland joins European Sky Shield defence project». *Reuters* vom 10.4.2024

### Teilnahme an Bündnisfall-Übungen der Nato bedeutet «de facto die Aufgabe der Schweizer Neutralität»

mw. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat am 20. Februar 2024 «mit 16 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung die Motion 24.3012 verabschiedet, die den Bundesrat beauftragt, das einschlägige Recht so anzupassen, dass gemeinsame Übungen mit der Nato, bei denen der Bündnisfall im Sinne von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags simuliert wird, verboten sind. Die Kommissionmehrheit ist der Auffassung, dass eine Zusammenarbeit mit der Nato, welche die Teilnahme an solchen Übungen umfasst, de facto die Aufgabe der Schweizer Neutralität

bedeuten würde. Sie nimmt zur Kenntnis, dass solche Übungen derzeit nicht geplant sind, möchte dem Bundesrat mit dieser Motion aber signalisieren, wo sie die Grenzen einer allfälligen Kooperation mit der Nato sieht.»

Es ist zu hoffen, dass diese Motion die Zustimmung in beiden Räten findet – obwohl die Schweizer Armee richtigerweise überhaupt nicht an Nato-Übungen teilnehmen dürfte.

Quelle: *Medienmitteilung der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-N)* vom 20.2.2024

# «Verteidigung des Menschen»

von Moritz Nestor

Ein dringend nötiges Buch erschien 2020: «Verteidigung des Menschen». Autor ist der Philosoph und Psychiater *Thomas Fuchs*, Karl-Jaspers-Professor für Philosophische Grundlagen der Psychiatrie und Psychotherapie an der *Ruprecht-Karls-Universität* Heidelberg. Dringend nötig ist es, wenn man sich vergegenwärtigt, was für einen geistigen Kahlschlag wir in den Humanwissenschaften seit den sechziger- und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erleben mussten. Aus manchen Bereichen unserer humanwissenschaftlichen Disziplinen scheint der Mensch heute verschwunden zu sein. Erst kürzlich äusserte sich zum Beispiel eine Schar junger Sozialarbeiter einer grossen deutschen sozialpsychiatrischen Einrichtung, die täglich mit schwersten psychiatrischen Problemen umzugehen lernen müssen, ehrlich erstaunt, sie hätten in ihrer Ausbildung nie etwas von «Beziehung» gehört. Natürlich war ihnen der Begriff «Beziehung» selbstverständlich. Doch in den wissenschaftlichen Grundlagen, die sie in ihrer Ausbildung für den Umgang mit ihren Patienten lernen mussten, kam das Wort Beziehung weder theoretisch noch praktisch vor. Sie kannten im wesentlichen nur noch ökologische, kybernetische und radikal konstruktivistische, systemische Ansätze, meist US-amerikanischen Ursprungs. Der riesige Bereich humanwissenschaftlicher Forschung vom Menschen als Kultur- und Beziehungswesen, vor allem auch europäischer Provenienz, war ihnen nicht mehr vermittelt worden. Was ist passiert?

## Menschenfeindliche Irrläufer Tiefenökologie und Transhumanismus

Es gebe, beginnt Thomas Fuchs sein Buch, eine lange Tradition,

«die Menschheit selbst auf die Anklagebank zu bringen, sie der Masslosigkeit, Gier, Hybris oder Niedertracht zu bezichtigen, ihr die Schrecken des Krieges oder die Zerstörung des Planeten anzulasten. Neuerdings häufen sich sogar Äusserungen, wonach es für die Erde das beste sei, wenn sie sich von ihrem Schimmelüberzug befreien könnte, wie Schopenhauer die Menschheit einmal titulierte.»<sup>1</sup>

Fuchs nennt als Beispiele die 1991 von *Les Knight* gegründete, tiefenökologische *Voluntary-Human-Extinction-Bewegung* (Bewegung für das freiwillige Aussterben der Menschheit)<sup>2</sup>, die ein «Aussterben der Menschheit zur Rettung der Erde» verfolgt, und den Transhumanisten<sup>3</sup> *Robert Ettinger*, der 1989 in seinem Buch «Man into Superman» schrieb, die Menschheit sei «selbst eine Krankheit». Man müsse «daran gehen, uns von ihr zu heilen». Unsere Gattung *Homo sapiens* sei «nur ein stümperhafter Anfang». Wenn der Mensch sich «klar als Irrtum erkennt», werde er «motiviert sein, sich selbst formen».<sup>4</sup>

## Der Mensch: ein lebendiges, leibliches Wesen im Beziehungsraum

Fuchs geht es in seinem Buch um die Verteidigung des Menschen gegen die Infragestellungen des humanistischen Menschenbildes und dessen Kern: die menschliche Person als freies, sich selbst bestimmendes und soziales, mit anderen verbundenes Wesen. Wir Menschen seien keine «blossenen Geister» ohne Körperlichkeit, so Fuchs, sondern «lebendige Wesen» in «einem gemeinsamen Beziehungsraum» und mit einem Anspruch auf Achtung seiner Würde, den der Mensch «durch sein leibliches Dasein und Mitsein erhebt».

## Von der behavioristischen Dressur ...

Fuchs nennt als relativ frühes Beispiel für die Infragestellung des humanistischen personalen Menschenbildes das 1971 erschienene Buch des US-amerikanischen Verhaltenspsychologen *Burrhus Frederic Skinner*: «Beyond Freedom and Dignity» – Jenseits von Freiheit und Würde. Es ist eine radikale Absage an die personale Auffassung vom Menschen.

«[D]er Glaube an so etwas wie freien Willen und moralische Autonomie sei das Relikt einer mythischen, vorwissenschaftlichen Sicht auf den Menschen. Die Zuschreibung von persönlicher Verantwortung und Würde be-

hindere den wissenschaftlichen Fortschritt», sagt Skinner.

Skinner will durch Sozialtechnologien das menschliche Verhalten so konditionieren wie *Pawlow* seinen Hund, dessen Speichel nach einer Weile bereits dann lief, wenn nur schon das Glöcklein ertönt, welches das kommende Futter ankündigte. So sollte dem Menschen Überbevölkerung und Kriege ab- und Glück anerzogen werden.

## ... zum Wahn des Menschen als willenlosem Erfüllungsorgan von Biochemie und Kybernetik

Um Skinners erschreckende Sozialutopie sei es stiller geworden. Doch, so Fuchs, Skinners Grundgedanke sei aktueller denn je: «rationales Wissen vom Menschen und entsprechende Technologien an die Stelle unseres in Vorurteilen und Mythen befangenen Selbstverständnisses zu setzen».<sup>5</sup> Zum Beispiel behaupte der israelische Historiker *Yuval Noah Harari* in seinem 2017 erschienenen Buch «Homo Deus», die Künstliche Intelligenz mache das humanistische Menschenbild nach und nach überflüssig. Diese, auch «Posthumanismus» genannte Theorie Hararis, die sich auf Biologie und Kybernetik stützt, verkünde:

«Die Menschen werden sich nicht mehr als autonome Wesen betrachten, die ihr Leben entsprechend den eigenen Wünschen führen, sondern viel eher als eine Ansammlung biochemischer Mechanismen, die von einem Netzwerk elektronischer Algorithmen ständig überwacht und gelenkt werden.»<sup>6</sup>

## Unhaltbare Vorannahmen

Harari sage: Der freie Wille, die «Idee eines autonomen Selbst» und das «Ich» des Menschen seien in den letzten Jahrzehnten durch die Biowissenschaften ins Reich imaginärer Geschichten von Christentum, *Nikolaus* und Osterhase verwiesen worden.<sup>7</sup> Der *Homo sapiens* sei «ein obsoletter Algorithmus».<sup>8</sup> Hararis zynische dekonstruktivistische Theorie, so Fuchs, habe allerdings sehr reale politische Folgen: Weltweit würden mittels Künstlicher Intelligenz digitale Überwachungssysteme geschaffen. Damit werde «so etwas wie Skinners Sozialtechnologie realisiert», meint Fuchs. Autoren wie Harari übernahmen unkritisch Versatzstücke eines «scientistischen Menschenbildes». Dazu gehörten drei Annahmen:

1. Alles Lebende und Unlebende sei für sie naturwissenschaftlich vollständig erklärbar. Subjektivität, Geist und Bewusstsein seien auf physikalische und physiologische Vorgänge zurückzuführen und Produkte von Nerventätigkeit. Subjektivität, Geist und Bewusstsein des Menschen hätten keine «eigenständige Wirksamkeit in der Welt».
2. Die Biowissenschaften sähen alle Organismen heute als biologische Maschinen, von genetischen Programmen gesteuert. Seelisches Erleben, Innerlichkeit – alles eine «Wirkung biochemischer oder evolutionärer Mechanismen». Das Lebendige werde so eliminiert.
3. Menschlicher Geist und Bewusstsein seien in diesem Denken «neuronal Informationsverarbeitung», die prinzipiell auf jeder Hardware laufen und durch Computer-Systeme simuliert werden könne.

So werde der Mensch zur «Summe seiner Daten», sagt Fuchs, und Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung, Verstehen, Selbstreflexion, Selbsterkenntnis würden überflüssig – die Algorithmen könnten uns besser.

«Der moderne Chorgesang der materialistischen Neurophilosophie verkündet, unsere subjektive Erfahrung sei nur die bunte Benutzeroberfläche eines Neurocomputers und somit eine «user illusion» (*Slaby* 2011) – real seien allein die neuronalen Rechenprozesse im Hintergrund.»

Selbsterkenntnis, Verstehen, Selbstreflexion, Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung, kurz seelisch-geistiges Leben, seien für dieses materialistische Weltbild keine Realität mehr, sondern naiver nostalgischer Glaube.

Fasst man zusammen, ergibt sich folgendes Bild: Der moderne «posthumane» Materialist sage, alles sei naturwissenschaftlich vollständig erforschbare Materie. Bewusstsein, Den-

ken, Fühlen seien physikalisch-chemische Nerventätigkeit: «neuronal Datenverarbeitung». Wie ein Computer.

## Menschliches Bewusstsein: an Körperlichkeit gebundenes Geschehen im zwischenmenschlichen Raum

Für Fuchs sind Bewusstsein, Denken und Fühlen keine physikalisch-chemischen Prozesse. Für den Laien in die Alltagssprache übertragen, sagt Fuchs sinngemäss: Wie eine Melodie nicht in der Materie der Tasten des Klaviers steckt oder durch diese Tasten erklärbar ist, wohl aber ohne Klavier nicht ertönen kann, so kann der Mensch Bewusstsein, Denken, Fühlen nicht ohne Gehirn und Körper äussern. Die Melodie ist nicht die Tastenfolge. Sie ertönt im geistigen Raum in und zwischen uns Menschen. So denken und fühlen wir immer in dem sozialen Raum der sozialen Beziehungen. Denken ist daher immer zwischenmenschliches Denken, und Fühlen ist immer zwischenmenschliches Fühlen. Ein Mensch ohne soziale Bezüge, was freilich undenkbar wäre, bräuchte nicht zu denken, zu fühlen oder gar zu sprechen.

## Nicht mit dem Hirn – als ganze Wesen fühlen wir

Dem Materialismus könne man, so Fuchs, nicht wirklich argumentativ begegnen, indem man ihm einen abstrakten, körperlosen, reinen Geist entgegenhält. Es gehe vielmehr darum, so Fuchs, zu beschreiben, dass und wie die menschliche Person eine Leib-Seele-Einheit ist. Die humanistische Sicht auf den Menschen zeige, so Fuchs, «dass die Person in ihrem Leib selbst gegenwärtig ist, dass sie mit ihrem Leib fühlt, wahrnimmt, sich ausdrückt und handelt». Wenn wir Menschen uns begegnen, dann begegneten sich nicht Gehirne. So sei es bei jedem Lebensvorgang. Jede menschliche Person handle in der Realität nicht als Gehirn, sondern als selbstbestimmter Organismus, der eine untrennbare Einheit von Leib und Seele sei.

Zwischenmenschlichkeit, meint Fuchs, sei also auch nicht der Kontakt von Gehirnen, sondern sei «Zwischenleiblichkeit». In eigenen Worten will das heissen: Meine Hand ist nicht ein Stück Fleisch, sondern belebter Teil (m)eines lebenden Organismus'. Wir verstünden andere Menschen nicht «durch eine Theorie des Geistes», bemerkt Fuchs, sondern

«bereits intuitiv anhand ihres leiblichen Ausdrucks, ihrer Gesten und ihres Verhaltens. Bereits wenige Wochen nach der Geburt erkennen Babys die emotionalen Äusserungen der Mutter oder des Vaters, nämlich indem sie deren Melodik, Rhythmik und Dynamik in ihrem eigenen Leib mitvollziehen und mitspüren.» (S. 13)

So setze auch die digitale Online-Kommunikation immer voraus, dass wir es mit «einem lebendigen Menschen aus Fleisch und Blut zu tun haben». Der «spürende Leib» nehme auch in virtuellen Räumen Anteil. Man versteht sofort, was Fuchs meint: Im Kino analysieren nicht nur die Neuronen meines Gehirns mittels einer «Theorie des Geistes», was da draussen ausserhalb der Höhle meines Kopfes auf der Leinwand vor sich geht. Stürzt der virtuelle Bergsteiger auf der Leinwand im Schneesturm an der Eigernordwand ab, reagieren wir mit unserem ganzen Leib.

## Humanismus des lebendigen verkörperten Geistes

Diese Sicht des Menschen als Leib-Seele-Einheit – die weder materialistisch Geistiges als höhere Nerventätigkeit sieht, noch von einem abstrakten körperlosen Geist ausgeht – nennt Fuchs «verkörperte Anthropologie», einen «Humanismus des lebendigen verkörperten Geistes». Eigentlich eine Sicht, die schon *Aristoteles* gekannt habe: der erlebende und seiner selbst bewusste Organismus.

Fuchs stimmt mit dieser Sicht des Leib-Seele-Problems überein mit der «basalen Anthropologie» *Adolf Portmanns*, mit dem Menschenbild der *Adlerschen* Individualpsychologie – die schon in ihrem Namen die unteilbare Leib-Seele-Einheit betont – und mit der Neopsychoanalyse sowie mit der psychosomatischen Forschung von *Franz Alexander*, *Thure*



ISBN 978-3-518-29911-1

von *Üexküll* und anderen, um nur einige Bedeutende zu nennen.

Von diesem Fixpunkt aus, von der Was-Frage aus, *Was ist der Mensch?*, stemmt sich Fuchs mit seiner Verteidigung des Menschen gegen den anhaltenden antihumanistischen Strom falscher Theorien, die nichts weniger als die Freiheit und das Weiterbestehen der Gattung Mensch radikal in Frage stellen. Keine theoretische Frage allein, sagt Fuchs, sondern eine ethische und vor allem eine eminent politische Frage.

## Das Menschenbild – eine eminent politische Frage

«Denn wie *Karl Jaspers* schrieb, entscheidet das Bild des Menschen, das wir für wahr halten, letztlich über unseren Umgang mit uns selbst und mit anderen – heute wäre zu ergänzen: und mit der Natur. Humanismus im ethischen Sinn bedeutet daher Widerstand gegen die Herrschaft technokratischer Systeme und Sachzwänge ebenso wie gegen die Verdinglichung und Technisierung des Menschen. Fassen wir uns selbst als Objekte auf, sei es als Algorithmus oder als neuronal determinierte Apparate, so liefern wir uns der Herrschaft derer aus, die solche Apparate zu manipulieren und sozialtechnologisch zu beherrschen suchen. «Denn die Macht des Menschen, aus sich zu machen, was ihm beliebt, bedeutet [...] die Macht einiger weniger, aus anderen zu machen, was ihnen beliebt.»<sup>9</sup> Die Verteidigung des Menschen ist insofern nicht nur eine theoretische Aufgabe, sondern auch eine ethische Pflicht.»<sup>10</sup>

Ganz im Sinne von *Karl Jaspers*:

Es «entscheidet das Bild des Menschen, das wir für wahr halten, letztlich über unseren Umgang mit uns selbst und mit anderen» – heute wäre zu ergänzen: und mit der Natur. •

<sup>1</sup> Schopenhauer, Arthur. *Die Welt als Wille und Vorstellung*. Bd. 2, 1859. Zitiert nach Fuchs, S. 7

<sup>2</sup> <https://www.vhemt.org/dindex.htm> (eingesehen am 3.10.2021)

<sup>3</sup> Der Transhumanismus will die menschliche Natur durch Gentechnik, Nanotechnologie, Gehirn-Computer-Verdrahtung und ähnliches «verbessern». Der Biologe und Eugeniker *Julian Huxley* definierte 1957 in seinem Buch «New Bottles for New Wine» Transhumanismus: «Die menschliche Spezies kann, wenn sie es möchte, über sich selbst hinauswachsen – nicht nur sporadisch, ein Einzelner mal so, ein anderer mal so, sondern als Ganzes, als Menschheit. Wir brauchen einen Namen für diesen neuen Glauben. Vielleicht passt Transhumanismus ganz gut: Mensch, der Mensch bleibt, aber sich selbst, durch Verwirklichung neuer Möglichkeiten, von seiner und für seine menschliche Natur, überwindet.»

<sup>4</sup> Ettinger, Robert C. *Man into Superman*. New York 1989, S. 4, 8f., zitiert nach Fuchs, S. 8 [Übersetzung Thomas Fuchs]

<sup>5</sup> Fuchs, S. 8ff.

<sup>6</sup> Harari, J. N. *Homo Deus. Eine Geschichte von morgen*. München 2017, S. 445, zitiert nach Fuchs, S. 9

<sup>7</sup> Harari, 2017, S. 381 und 392, zitiert nach Fuchs, S. 9f.

<sup>8</sup> Harari, 2017, S. 516, zitiert nach Fuchs, S. 10

<sup>9</sup> Lewis, C. S. *Die Abschaffung des Menschen*. Freiburg/Br. 2007 [Erstausgabe 1943], S. 63, zitiert nach Fuchs, S. 17

<sup>10</sup> Fuchs, S. 16f.